Internationaler
Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg

Versöhnung

Rundbrief 4 / 2016

In diesem Heft u.a.:

- Gewaltfreiheit öffnet. Plädoyer für ein menschliches, subjektives Verständnis des Pazifismus
- Syrien: Konfliktüberblick und Lösungsansätze
- Wie kommt die Friedensbewegung aus der Krise?
- Meine US-Uniform im israelischen Gefängnis

Einzelheft 2 €

Inhalt

Editorial (A. Hämer) 3

Grundlegendes

Gewaltfreiheit öffnet. Plädoyer für ein menschliches, subjektives Verständnis des Pazifismus (B. Keunecke) 4

Erst wenn die Löwen ihre Geschichte selber erzählen ... Oder wie Ignoranz integraler Teil ist von Gewalt und Zuhören wichtig wäre (A. Kübler) 7

Giraffenpost

First connect! – erst die Beziehung, dann finden sich Lösungen 9

Politische Berichte und Analysen

Syrien: Konfliktüberblick und Lösungsansätze (C.Ronnefeldt) 10

Wie kommt die Friedensbewegung aus der Krise? (O. Steinbicker) 13

„Karlsruher Aufruf“ an die EKD-Synode in Magdeburg übergeben 15

Versöhnungsarbeit vor Ort

Meine US-Uniform im israelischen Gefängnis (T. Kaminer) 16

EAK: Kriegsdienstverweigerung ist ein mutiger Schritt aus Gewissensnot 17

Die Syrien- Kampagne hat Fahrt aufgenommen (B. Keunecke) 18

Kundgebung Samstag, 12.11.2016 Saarbrücken (W.Andruet) 18

Bericht von der Vorstandssitzung 8.-9.10.2016, Herford (A.Nauerth) 19

Aktion Jahresbericht 19

500 Jahre „Klage des Friedens“ – eine Tagung (Th.Nauerth) 19

Frühe Pazifistinnen – unsere mutigen Schwestern

Hedwig Dohm (B. Ahlborn) 20

Fundkiste – Materialien 22

Termine 23

weihnachtslied für ungläubige 24

Impressum

Versöhnung. Rundbrief 4/2016

Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig e.V. – Vierteljährliche Erscheinungsweise

Herausgeber: Versöhnungsbund e. V.

Schwarzer Weg 8; 32423 Minden

Telefon: 0571 - 85 08 75

Fax: 0571 - 8 29 23 87

E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

Internet: www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Andreas Hämer, Maria Krisinger, Mirjam Mahler, Dagmar Schulte

Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen AutorInnen verantwortlich.

Redaktionsanschrift:

Andreas Hämer, Zur Urselsbach 4

66352 Großrosseln

E-Mail: a24haemer@googlemail.com

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe: 15.2.2017

Referat für Friedensfragen:

Clemens Ronnefeldt

c.ronnefeldt@t-online.de

A.-v.-Humboldt-Weg 8 a, 85354 Freising

Tel.: 08161 - 54 70 15

Fax: 08161 - 54 70 16

Spendenkonto:

Versöhnungsbund e. V.

IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00

bei der GLS-Bank BIC: GENODEM1GLS

Druck und Versand:

Knotenpunkt Offsetdruck GmbH, Buch/Hunsrück

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel

Bild auf der Titelseite. A.Shepaerd im Interview (das Bild wurde uns freundlicherweise von Rudi Friedrich, Connection e.V. zur Verfügung gestellt)

Editorial

Liebe VB-Mitglieder, liebe LeserInnen!

Dieser Rundbrief erreicht euch im Advent.

Wer unter Advent nur ein bisschen Stimmung bei Kerzenschein und Tannenduft verstehen will, dem muss bei unseren Themen fast zwangsläufig der Appetit vergehen. Aber ich schätze die VB-Mitglieder etwas anders ein. Wenn ihr wisst, dass Advent so etwas wie erwartete Ankunft, glühende Erwartung, brennende Sehnsucht nach Veränderung bedeutet, sind solche Themen nicht aus-, sondern gerade eingeschlossen. Wir wollen nicht wegsehen, nicht ablenken, sondern hinsehen, hinlenken.

„O Heiland, reiß die Himmel auf“ – nichts kann in meinen Ohren deutlicher jene brennende Sehnsucht ausdrücken. Zugleich ist unsere Erwartung seltsam gebremst. Wir glauben kaum daran, dass über Nacht der dunkle Himmel aufreißt, z.B. über Syrien, und dass dort plötzlich Friedenstauben statt Bombenflugzeuge kreisen. Es ist mühsamste Kleinarbeit, an der wir uns beteiligen und deren Erfolge wir möglicherweise noch lange nicht vor Augen sehen. So bedeutet Advent für uns auch, die Spannung auszuhalten – Spannung zwischen größten Hoffnungen und entsprechendem Einsatz – und andererseits harten Geduldsproben und Ohnmachtsgefühlen.

Von meinen Gemeindegliedern habe ich unzählige Male zu hören bekommen, dass wir im Kleinen anfangen müssen; also nicht so viel von Frieden auf Erden, sondern erst mal vom Frieden in den Herzen reden sollen. Ach ja! Ich habe solchen Einwänden später immer wieder entgegen gehalten: Jawohl, im Kleinen angfangen! Aber nicht im Kleinen stecken bleiben!

Im vorliegenden Rundbrief ist wieder – wie üblich – von Kleinarbeit die Rede. Ja, Kleinarbeit, was denn sonst? – aber gleichwohl mit dem fernen Ziel vor Augen.

• Berthold Keunecke hat sich Gedanken gemacht über ein subjektives Verständnis des Pazifismus – Gewaltfreiheit öffnet, sagt er; aber was sie genau bedeutet, darüber müssen wir im Gespräch bleiben, auf dem gemeinsamen Weg.

• Annette Kübler legt dar, wie Ignoranz integraler Teil von Gewalt sein kann und Zuhören wichtig wäre.

• Clemens Ronnefeldt versucht, einen Konfliktüberblick für Syrien zu geben und Lösungsansätze aufzuzeigen.

• Otmar Steinbicker überlegt, wie die Friedensbewegung aus der Krise kommen kann.

• Von einer ganz anderen Art der Kleinarbeit hören wir aus Israel. Die israelische Kriegsdienstverweigerin Tair Kaminer hat aus dem Gefängnis einen Brief an Mr. Smith geschrieben, den sie nicht kennt, aber dessen Uniform sie tragen sollte. Und allermühsamste Kleinarbeit ist der Prozess von André Shepherd, dessen Klage nun erst einmal wieder vom VG München abgewiesen wurde. Oben hatte ich von Geduld gesprochen – was für eine Geduld und welch ein Durchhaltvermögen ist diesen Menschen abverlangt, und welche geradezu absurd anmutenden Hoffnungen halten sie aufrecht?!

So weit ein kleiner Überblick vorab. Überblick über die großen Beiträge. Aber vielleicht geht es manchen von euch ja anders, und ihr fangt an einer ganz anderen Stelle mit der Lektüre an ...

Jedenfalls wünsche ich euch im Namen der Redaktion eine anregende Lektüre und einen guten Advent.

Bleibt am Ball, auch im nächsten Jahr!

Adventliche Grüße aus Großrosseln

Andreas Hämer

Grundlegendes

Gewaltfreiheit öffnet

Plädoyer für ein menschliches, subjektives Verständnis des Pazifismus

von Berthold Keunecke

Die Jahrestagung des VB 2017 wird sich mit dem Thema „Neue Herausforderungen an den Pazifismus" beschäftigen. Im Vorblick darauf veröffentlichen wir bereits jetzt sieben Thesen unseres Vorsitzenden – in denen er deutlich macht, dass es ein kristallreines Verständnis von Gewaltfreiheit wohl vorläufig nicht geben kann. Aufgrund immer bestehender Ambivalenzen plädiert er für ein subjektives Verständnis. Dies nicht, um einer Willkür Tor und Tür zu öffnen, sondern um der Bündnisfähigkeit willen.

1. Grenzen sind verschwommen

Das ursprüngliche Ziel des Pazifismus war die Abschaffung der Institution Krieg. 1914 wurde der Krieg noch offiziell erklärt, bevor eine Armee die Grenzen überschritt – heute sind solche Grenzen in verschiedener Hinsicht stark verschwommen. Krieg und Bürgerkrieg lassen sich kaum noch auseinander halten, Terrorakte werden als Krieg wahrgenommen, und in der Friedensbewegung sind wir zu einem viel umfassenderen Begriff von Frieden gekommen, der weit mehr als die Abwesenheit von Krieg umfasst.

2. Gewaltfreie Gesellschaft als Fernziel

Insbesondere in der deutschen Friedensbewegung – und speziell im Versöhnungsbund - wurde mit dem Konzept der „Sozialen Verteidigung" eine pazifistische Theorie der gewaltfreien Reaktion auf gewaltsame Angriffe erarbeitet, die explizit auch innerstaatliche Aggression in den Blick nahm. Nach diesem Konzept sollten die Strukturen und Werte einer Gesellschaft und weniger ihre Grenzen verteidigt werden.

Dies Konzept blieb insofern eine Theorie, als es zur Voraussetzung hatte, dass eine Gesellschaft bewusst auf den Einsatz von Militär verzichtet. Es leistete aber eine wichtige Beschreibung von Aktionen und Strategien der gewaltfreien Machtentfaltung – und eine umfassende Beschreibung des Ziels einer sich gewaltfrei verteidigenden und gewaltfrei organisierten Gesellschaft. Denn erst in einer basisdemokratischen Gesellschaft, die wirtschaftlich dezentral strukturiert und in gewaltfreier Konfliktbearbeitung geschult ist, gewinnt die Soziale Verteidigung ihre höchste Effektivität. Anders herum: Gewaltsame Strukturen können schlecht gewaltfrei verteidigt werden.

3. Das Ziel ist mehr als der Weg

Angesichts des großen und fernen Ziels der gewaltfreien Gesellschaft stellen wir uns die Frage des Weges immer wieder neu: Die Schritte dahin sollen dem Ziel entsprechen – bei ihrer Bewertung müssen wir aber mit bedenken, dass sie das Ziel noch nicht erreichen können.

In einer gewaltgeprägten und auf Unrecht und Ungleichheit basierenden Gesellschaft kann weder unser Leben und noch unsere Friedensarbeit kompromisslos gewaltfrei sein, solange wir innerhalb unserer Gesellschaft arbeiten wollen: Erst ein völliger Ausstieg aus unseren Strukturen bis hin zum Verzicht auf Steuerzahlungen und somit auf Geld könnte als kompromisslos gewaltfrei verstanden werden.

4. Strukturelle Gewalt als Problem für den Frieden

Insbesondere in der ökumenischen Bewegung haben wir gelernt, dass Frieden nicht ohne Gerechtigkeit wachsen kann. Doch manchmal stehen diese Werte gegeneinander: Eine ungerechte Situation kann meist nicht ohne Druck geändert werden. Wo die Grenzlinie zwischen gewaltsamem und gewaltfreiem Druck gezogen wird, ist dann oft relativ – und hängt u.a. von der Einschätzung des Unrechts ab. Über die Grenze zwischen Recht und Unrecht entsteht ja selbst oft genug Streit. Befreiungsbewegungen – wie z.B. der ANC im Südafrika zur Zeit der Apartheid oder die Palästinenser in den besetzten Gebieten – fordern immer wieder das Recht auf Gewalt ein, um die strukturelle Gewalt zu beenden. Andererseits wird manchen gewaltfreien Aktionen, wie z.B. Blockaden oder Boykott, oft Gewaltsamkeit vorgeworfen. Wenn wir fragen: „Ist die Gewalt der unmenschlichen Situation oder der nötige Druck zur Veränderung dieser Situation als gewaltsamer einzuschätzen?", dann sollten wir bedenken, dass unsere Bewertung oft davon abhängt, welcher Seite der Konfliktparteien wir uns stärker verbunden fühlen.

5. Gewaltdefinitionen sind subjektiv

So sind „Gewalt" und „Gewaltfreiheit" relative und wertende Begriffe; für jede Situation brauchen wir eine persönliche, also subjektive Einschätzung dazu – denn eine allgemeingültige Definition würde zu groß oder zu klein ausfallen, sie wäre für viele Menschen nicht mehr verstehbar. Worte können Gewalt darstellen, können verletzen, während ein körperlicher Eingriff sehr verstehbar sein kann – wie der einer Mutter, die ihr Kind am Arm reißt, bevor es in den Straßenverkehr läuft. Gesetzlich geregelte Gewalt

bevor es in den Straßenverkehr läuft. Gesetzlich geregelte Gewalt wie die des Polizisten, der einen betrunkenen Randalierer festnimmt, wird allgemein akzeptiert. Manche strukturelle Gewalt – wie das Unrecht der Reichtumsverteilung in der Welt – wird als Schicksal angesehen und ebenso akzeptiert. Auch innerhalb der Bewegung sind wir oft unterschiedlicher Meinung, z.B. in der Frage, ob das Anzünden von Militärfahrzeugen als gewaltlose Aktion zu bewerten ist.

Nun könnten wir versuchen, Gewalt in Ausnahmefällen zu rechtfertigen – oder die Rechtfertigungen anderer zu akzeptieren. Sinnvoller scheint mir, auf eine allgemeingültige Definition zu verzichten und zu akzeptieren, dass unterschiedliche Menschen verschiedene Wertesysteme haben und deshalb ihre je eigenen Grenzen darin setzen.

auf der Friedenswiese am Fliegerorst Büchel (Bild von M. Küpker)

6. Recht und Gesetz – gewaltmindernd und doch gewaltsam

Ursprünglich beschrieb der Pazifismus den Völkerbund (bzw. später die UN) mit einem verbindlichen internationalen Rechtssystem als Alternative zum Krieg. Griffig fordert die EKD in der Friedensfrage gerade heute die Stärke des Rechts anstelle des Rechts des Stärkeren.

Das lässt sich auch auf die nationale Ebene herunterbrechen: Das geschriebene Recht schafft den Beteiligten – den Vertragspartnern, den Mitgliedern, den Bürgerinnen und Bürgern – ein Mehr an Sicherheit und Frieden, insbesondere, wenn es in demokratischer und ungezwungener Willensbildung zustande gekommen ist. Das gilt für Völkerrecht wie für staatliche Gesetze. Das bedeutet aber auch, dass Rechtsverstöße grundsätzlich sanktioniert werden müssen. Erst in einer Gesellschaft, die absolut egalitär und gewaltfrei organisiert wäre, wäre ein Sanktionssystem vielleicht überflüssig.

Allerdings steht das geschriebene Recht manchmal im Gegensatz zum Menschenrecht bzw. dem Naturrecht, das im Gewissen einzelner Menschen erfahrbar wird. Eine Übertretung von einzelnen Regeln im Sinne des Zivilen Ungehorsams wird damit zu einer Gewissensentscheidung. Im Sinne des Pazifismus setzt eine solche Gesetzesübertretung voraus, dass diese gut erklärbar ist, sonst führt sie zu Unsicherheit und Rechtszerfall. Nicht von ungefähr forderten die Theoretiker des Zivilen Ungehorsams, die dabei zu erwartenden Sanktionen zu akzeptieren. Auch hier zeigt sich, dass eine Wertung des Zivilen Ungehorsams von einer subjektiven Einschätzung – einer Gewissensentscheidung – abhängt.

7. Es kommt auf die Richtung an

Wenn wir sowohl mit Blick auf die Gewaltdefinition wie auch im Blick auf die Bewertung von Gesetzen von der Subjektivität der persönlichen Wertung ausgehen, dann kann das ein bewegliches und offenes Verständnis von Pazifismus ermöglichen – und weil mit „Pazifismus“ an ein ganzes Theoriesystem gedacht ist, spreche ich dann lieber konkret von „Gewaltfreiheit“. Dabei weist der Begriff „Gewaltfreiheit“ auf die Motivation, Durchführung und den Horizont einer Handlung bzw. Aktion, die etwas vom Ziel der gewaltfreien Gesellschaft vorweg nimmt; und er bedeutet erheblich mehr als nur den Verzicht auf Gewalt. Für mich ist eine Handlung, Aktion oder Strategie dann als gewaltfrei zu bewerten, wenn sie uns dem Ziel einer menschlichen, gewaltfreien Gesellschaft näher bringt, also Gewaltstrukturen abbauen hilft, Menschlichkeit fördert und dabei natürlich meine subjektiven Grenzen von Gewalt nicht überschreitet. (Mit dem Begriff der Menschlichkeit rücke ich hier von der Forderung nach Gerechtigkeit etwas ab, weil auch diese immer wieder zu Konflikten führt: Das Recht der einen ist oft das Unrecht der anderen.)

8. Gemeinschaft verschiedener Menschen als Weg und Ziel

Bei der Bewertung von einzelnen Aktionen und in der Zusammenarbeit mit Leuten, die unsere Werte nicht voll teilen, kommt es dann vor allem auf die Richtung an, in die der Weg geht. Das größere Ganze und auch die langfristigen Folgen sind in jeder einzelnen Bewertung mitzubedenken. So bin ich dort, wo ein konkreter und effektiver Schritt zu einer gewaltfreien Gesellschaft gegangen werden kann, bereit mit Menschen zusammen zu arbeiten, denen der Gewaltfreiheitshorizont nicht so wichtig ist, sei es mit Menschen, die durch ihre Arbeit stärker in Gewaltsysteme eingewoben sind, sei es mit AntimilitaristInnen, die unsere Werte nicht ganz teilen. In einer zukünftigen menschlichen Gesellschaft ist die Zusammenarbeit von ganz verschiedenen Menschen wichtig – das schon jetzt zu üben, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Angesichts der wachsenden Unmenschlichkeit und der Krisenanfälligkeit unserer Welt scheint mir eine solche Zusammenarbeit sehr nötig zu sein. Dabei habe ich das Vertrauen, dass unsere Perspektive der Gewaltfreiheit die weiterführende ist und sich letztlich durchsetzen wird.

Erst wenn die Löwen ihre Geschichte selber erzählen ...

Oder wie Ignoranz integraler Teil ist von Gewalt und Zuhören wichtig wäre.

von Annette Kübler

Eine Wendung in Richtung auf das Eigene, hin zu einer Reflexion der eigenen Vorurteile und „Wahrheiten“, könnte auch im VB eine große Aufgabe werden: Ein Gewalt-Bewusstsein zu entwickeln, das tradierte kollektive Wissen kritisch in den Blick nehmen und überprüfen: Wie haben Gewaltverhältnisse und alte Geschichten über „andere“ auch meine Wahrnehmung geprägt? Die Autorin möchte ihre LeserInnen und die Mitglieder des VB dazu einladen, weiter an einer Öffnung zu arbeiten.

Vorab

Eine kleine Szene im Jugendworkshop am 7.5.2016 war wie ein Brennglas auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen, als Menschen, die für Gewaltfreiheit einstehen. Dies möchte ich hier etwas ausführen und hoffe, ich erreiche mit diesem Text eure Herzen.

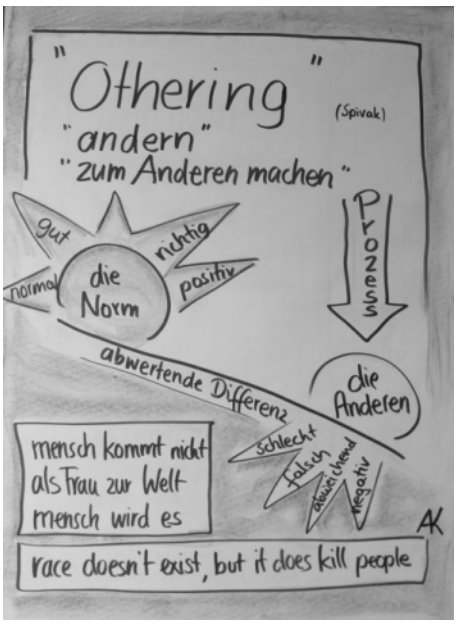
Im Versöhnungsbund möchten viele aktiv werden und helfen. Mir fiel auf der Jahrestagung eine riesige Herausforderung immer wieder auf: Wie gelingt es, den Blick zu wenden auf das Eigene, hin zu einer Reflexion der eigenen Vorurteile und „Wahrheiten“. Ein Blick auch auf die problematische Verwobenheit von „Helfen“ und „Macht“ oder auf die Wirkungen, die die medialen Bilder auf uns haben. Auch wenn das weh tun kann.

Sich sowohl nach außen gegen Gewalt zu positionieren, zu engagieren und ebenso das Eigene kritisch in den Blick zu nehmen, ist eine Stärke der Gewaltfreien Bewegung. Dennoch, Gewalt, von der ich profitiere, verliere ich zu oft aus dem Blick. Oft erschrecke ich dann: kann ich meiner Wahrnehmung trauen? Wie haben Gewaltverhältnisse und alte Geschichten über „andere“ auch meine Wahrnehmung geprägt? Und wo setze ich durch meine Alltagspraxen Gewaltstrukturen fort?

Ich wünsche mir, dass wir im Versöhnungsbund glaubhafter werden. Dass wir den eigenen Tellerrand unserer Wahrnehmung kritisch in den Blick nehmen, uns z.B. umgucken: Welche Perspektiven sind im Verband vertreten, welche fehlen? Wie sieht es aus mit „race, class, gender“ - wer ist anwesend, wer fehlt, wer ist in welchen Rollen, wer spricht, wer wird gehört?

Um Gewalt-Bewusstsein zu stärken, ist es hilfreich, das tradierte kollektive Wissen kritisch in den Blick nehmen und zu überprüfen: Wie haben Gewaltverhältnisse und alte Geschichten über „andere“ auch meine Wahrnehmung geprägt?

Ich hoffe, dass es mir mit diesem Text gelingt, euch mit ins Boot zu nehmen und dass wir auf der nächsten Jahrestagung weiter an einer Öffnung arbeiten können.



Im Jugendworkshop

Unter dem Motto „Erst wenn die Löwen ihre Geschichte selber erzählen, werden die Jäger nicht mehr Helden sein“ hatten sich Jugendliche und zwei erwachsene Gäste zusammengefunden. Ziel war es, Raum zu schaffen für vielseitige Geschichten – vor allem für Perspektiven, die in unserer Gesellschaft selten gehört werden.

Wir begannen mit der Übung „Refugee Chairs“, in der wir als Gruppe bildlich darstellen, wie Menschen, Geld und Geflüchtete auf die Kontinente verteilt sind. Die Ungerechtigkeiten werden sichtbar und sind schwer auszuhalten, zumal viele aus der Gruppe Familie außerhalb Europas haben.

Schmerzhaft war vor allem der Blick auf Europa und Afrika: Drei Stühle in Europa (die Stühle stehen für das BSP), keiner in Afrika. Eine fragt: „Aber Afrika ist doch so reich, es hat so viele Bodenschätze, warum ist da kein Stuhl?“

Es entsteht ein Gespräch unter den Kindern darüber, wie reich der Kontinent ist, wie dieser Reichtum früher, in der kolonialen Gewaltgeschichte, geklaut wurde und wie er bis heute geklaut wird. Wir wollen dazu arbeiten, wie es dazu kommen konnte, was das mit uns macht, wo wir stehen und was wir machen können.

Da sagt die erwachsene Frau, dass „Diebstahl“ eine Bewertung sei und dass dieser Satz nicht in Ordnung sei. Als Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation wisse sie das.

Wow.

Es geht ein paar mal hin und her. In der Situation im Seminar entschieden wir uns, den Fokus nicht darauf zu legen, denn das Seminar war für Jugendliche und deren Bedürfnisse waren andere. Ein Kind brachte seine Verwirrung so auf den Punkt: ist das hier ein Theater oder echt?

Doch nehme ich mir hier etwas Zeit, die Situation zu betrachten.

Wer redet hier und in welchem Raum wird gesprochen?

Was wird gesagt? Wer ist in der Lage, welche Gewalt zu sehen?

Auf welchen Ebenen wird Gewalt wiederholt und gerechtfertigt?

Es spricht eine Erwachsene in einem Seminar für Kinder und Jugendliche.

Es spricht eine Weiße in einem Raum, in dem viele Menschen Familie außerhalb Europas und Rassismuserfahrung haben.

Es spricht eine Frau, die Projekte in afrikanischen Ländern macht zu einem Referenten, der in einem afrikanischen Land aufgewachsen ist.

Die Position, von der jemand spricht, macht einen Unterschied. Umso mehr, wenn dabei Gewalt dethematisiert oder legitimiert wird.

Was lernen wir daraus?

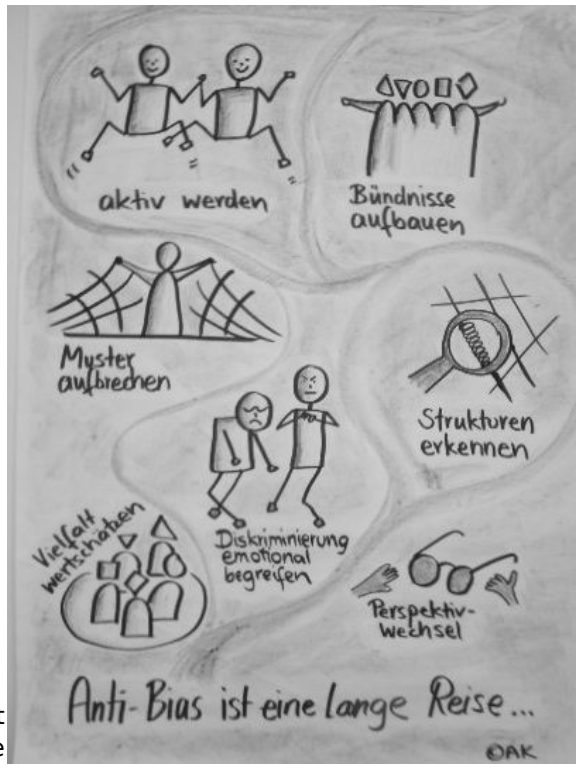
Ich wünsche mir, dass wir im Versöhnungsbund Raum schaffen, um zu verstehen, was eine solche Äußerung möglich macht und was wir daraus lernen. Weil es kein Einzelfall ist. Wir alle tragen mit unseren Norm-Setzungen zu Gewalt bei, verletzen - und sehen das oft nicht. Diese kleine Szene erinnerte mich, wie wichtig es ist, dass wir uns alle überprüfen, wie wir – auch als „Gewaltfreie“ – zur Dethematisierung struktureller Gewalt beitragen.

In der Anti-Bias-Arbeit sprechen wir von vorurteilsbewusst, weil es nicht möglich ist „vorurteilsfrei“ zu sein, denn wir sind soziale Wesen, verstrickt in unsere Gesellschaft. Aber es ist möglich, uns dafür zu sensibilisieren, in welche Gewaltverhältnisse wir verstrickt sind und wie wir gewalt-bewusster werden können, um für eigenes Handeln und Sprechen Verantwortung zu übernehmen.

Gewalt-bewusst werden

Entsprechend ist es auch nötig gewalt-bewusst zu werden und zu verstehen, wie meine Ignoranz oft Teil ist von Gewalt. Selbstreflexion ist so wichtig, weil Vorurteile integraler Teil sind von Gewaltverhältnissen und darin tradiertem Wissen. „Vorurteile sind nicht einfach „falsches Denken“, sondern Bestandteil sozialer Konflikte. Sie sind nur dann einflussreich, wenn sie sozial anschlussfähig sind. Sie sind ein Mittel der Privilegierten zur Verteidigung ihrer Privilegien.“

Wie Privilegien meinen Blick begrenzen



Im Erwachsenenworkshop am Freitag (Anti-Bias) reflektierten wir am Beispiel der Frage „wo kommst du her?“, wie Sprache verletzen kann. Warum ein freundlich gemeinter Satz Gewalt sein kann – und warum kann ich das nicht erkennen?

Diese Perspektive war für viele neu und überraschend. Das Wissen über Kontexte der Frage scheint wenig verbreitet. Sie wurde nicht im Kontext der Prozesse der Zuschreibung von Zugehörigkeit und Ausschluss gesehen, wurde getrennt von racial profiling der Polizei und an den Grenzen, von begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen, von andauernder Einteilung – über Medien, über Gesetze, über Fragen – von Menschen in „zugehörig“ und in „fremd“ und den damit verbundenen Zuschreibungen. Sichtbar wird die Ausgrenzung vor allem wenn die Antwort „Köln“ nicht akzeptiert wird und nach der „wirklichen“ Herkunft bzw. der Herkunft des nicht-weißen Elternteils geforscht wird. Scheinbar freundlich.

Welche Selbstverständlichkeiten schwingen hier mit, welche Konstrukte von Zugehörigkeit? Gefragt werden Menschen, die als nicht-weiss gelesen werden, weil die Annahme besteht: Wer nicht weiß ist kommt von woanders, gehört nicht wirklich hierher. Somit bestärkt die Frage ein kulturelles Konstrukt, das deutsch-sein immer noch mit Weisssein gleich setzt?

„Erst wenn die Löwen selber ihre Geschichte erzählen, werden die Jäger nicht mehr Helden sein“ könnte bedeuten: weniger darauf bestehen, dass ich es doch nett meine – und stattdessen mehr zuzuhören. Wie die Person, die auf dem Fuß einer anderen steht, ohne es zu merken. Weniger darum kämpfen, dass ich doch neugierig sein darf und mehr lernen darüber, wie wir schon als Kinder gelernt haben, strukturelle Diskriminierung für normal zu halten. Einen Blick dafür entwickeln, wann ich von einer privilegierten Position aus auf die Welt gucke und aktive Beiträge leisten um endlich vielseitigen Geschichten Raum zu geben.

The danger of a single story – Wenn Ignoranz verletzt

Eine andere Situation im Seminar, die uns noch beschäftigt, ist: Bei der Klärung von Fremd- und Selbstbezeichnungen wurde gesagt: „Aber du erfährst doch keinen Rassismus.“

Gut gemeint, doch nicht gewaltfrei; ein Nebensatz – keine Frage, sondern eine Behauptung. Wir fragen uns: auf welcher Grundlage entsteht eine solche Behauptung? Und: Warum fehlt Basiswissen über rassistische Realitäten und alltägliche Microaggressionen?

Wir hatten gehofft, dass im Versöhnungsbund bereits viele Menschen sind, die um strukturelle Gewalt wissen und trainieren, sie zu sehen. Denn es ist nötig, sichtbar zu machen, welche Gewalt in meinen

Aussagen steckt. Ja, wie viel Gewalt auch in meiner Ignoranz steckt – nicht nur in individueller Ignoranz sondern auch der Ignoranz unserer Dominanzgesellschaft. Z.B. die Tatsache, dass Rassismus im Mainstream immer noch reduziert wird auf „böse gemeinte“ Taten und er am rechten Rand verortet wird. Unter weißen Menschen fehlt häufig das Wissen um die Banalität des Rassismus, um die Alltäglichkeit. Unabhängig davon, wie viele die Gewalt in dieser Behauptung sehen, sie verletzt. Unabhängig davon, wie der Sprechende es meinte. Die Verletzten merken es, die Verletzenden oft nicht.

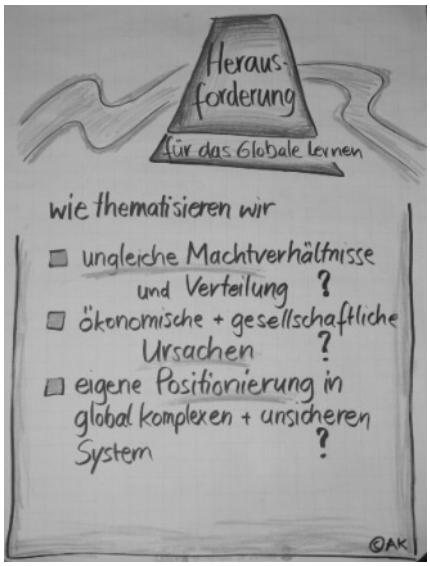
Da ist sie wieder, die color-line, eine unsichtbare Trennlinie, die die Gesellschaft spaltet „in Bezug auf den Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen“. Mit Color-line wird in den USA die Tatsache benannt, dass strukturelle Privilegien und Benachteiligungen so radikal verschiedene Erfahrungen produzieren, dass es schwierig wird, einander zu verstehen. Dies bezieht sich im Übrigen nicht nur auf die Kategorie „race“. Es bezieht sich auf alle Spaltungen der Gesellschaft, „race, class, gender“ und mehr.

Um ernsthaft eine fragende Haltung einzunehmen, wäre es daher nötig, nicht Menschen, die als „andere“ markiert werden, auszufragen, sondern den Blick zu wenden. Den Blick auf die Normalität wenden, auf mich selber und eigene Verstricktheit in Gewaltstrukturen; z.B. mich zu fragen: was hat meine Ignoranz mit meinen Privilegien zu tun? Warum sehe ich so vieles nicht? Was hat meine Wahrnehmung geprägt? Das wäre auch ein Weg, um uns als gewaltfreie Bewegung glaubwürdiger zu machen. Anstatt Privilegien zu schützen, indem Menschen, die Gewalt benennen, als gewalttätig markiert werden: „Diebstahl ist eine Bewertung“.

Blick wenden auf die zugrundeliegende Logik

Um innewohnende Ausgrenzungsprozesse sichtbar zu machen, müssen wir den Blick wenden und die zugrunde liegenden Prämissen analysieren. Stuart Hall fordert: „...die Bedingungen der Diskussion zu verändern, die Annahmen und Ausgangspunkte in Frage zu stellen, die Logik zu brechen – das ist eine gänzlich andere, langwierigere und schwierigere Aufgabe ..., setzt aber voraus, dass das sichtbar gemacht wird, was gewöhnlich unsichtbar bleibt: die Annahmen, auf denen die jetzigen Praxen beruhen.“

Eine dieser Annahme ist, wir in Westeuropa seien zivilisiert, aufgeklärt und Hort der Menschenrechte. Im Gegensatz dazu seien „andere“ rückständig. Es wird mit einer gewissen Arroganz oft so getan, als hätten wir selber unsere Werte bereits erreicht. Oder zumindest mehr als „andere“. Diese Annahme hat große Überzeugungskraft – obwohl dabei historische und aktuelle unzivilisierte Taten verdrängt werden müssen. „Westliche Werte“ sind auch das, was aktuell im Umgang mit Menschen an den Grenzen Europas praktiziert wird. Und der Diebstahl. Eine der Aufgaben ist, den Diskurs von „unsere Werte“ zu dekolonialisieren – dabei entstehen neue Perspektiven.



Für so einen Blick aufs Eingemachte brauchen wir Zeit und Vertrauen. Viele haben Sorge, dies sich im Alltagsdruck nicht leisten zu können. Tatsächlich verwirrt und verunsichert es, die eigenen Prämissen zu reflektieren und bisherige Wahrheiten in Frage zu stellen. Selbstbilder können ins Wanken kommen. Viele erschrecken: Wenn ich meiner Wahrnehmung nicht mehr trauen kann, was dann? Ein Weg ist genauer zu untersuchen: Wie haben Gewaltverhältnisse und alte Geschichten über „andere“ auch meine Wahrnehmung geprägt? Gut meinen ist nicht genug. Wenn ich es gut meine, dann sollte ich reflektieren, wie ich handeln kann, damit es auch gut wird. Es ist ein notwendiger Schritt: sensibler und bewusster zu werden für Diskriminierung, in die ich als Profitierende verstrickt bin. Das betrifft übrigens auch große Vorbilder wie z.B. Gandhi.

Diese Reflexion der eigenen Position, gerade wenn ich sie als „normal“ wahrnehmen (d.h. meist dann, wenn sie mir Privilegien verschafft) eröffnet neue Wege: wir sind verstrickt in Gewaltstrukturen, wir kommen nicht raus. Statt zu versuchen, uns rein zu waschen, gilt es hinzusehen auf uns selber, bei Unangenehmem die Augen offen lassen und uns auf den Weg machen: Zuhören. Eigene begrenzte Einsicht wahrnehmen. Verinnerlichungen wahrnehmen lernen. Lesen. Neue Perspektiven kennen lernen. Bündnisfähig werden. Verantwortung übernehmen. Konkret dazu z.B. bei Damaly ayo, Grada Kilomba, Audre Lorde u.a.m.

Mein Leben könnte sich verändern. Es kann sein, dass ich Konsequenzen ziehen muss. Die Reflexion der eigenen Position und Privilegien ist ein Weg, um Diversität zu respektieren und Diskriminierung zu widerstehen. Leicht ist es nicht, den Blick zu wenden, denn es ist tief verinnerlicht. Von klein auf wird uns beigebracht, dass es schlimmer ist, wenn eine unterdrückte Person (z.B. wir als Kind) unhöflich ist, als wenn eine privilegierte Person (z.B. Lehrerin, Elternteil) gewalttätig ist.

Ausblick

Ich wünsche mir vielfältige Perspektiven auf der nächsten Jahrestagung – auch in Bezug auf die Kategorien von „race, class, gender“. Ja, ich habe hohe Erwartungen an eine gewaltfreie Organisation. Mit unserem Wissen um strukturelle Gewalt haben wir gute Grundlagen für anstehende Veränderungen.

Viele Geschichten zum Perspektivwechsel stehen im Internet: z.B. unter: Postkoloniale Soziale Arbeit. http://annette-kuebler.de/die-hilfe-annehmen-die-uns-von-gefluech- teten-angeboten-wird/

Giraffenpost

First connect! – erst die Beziehung, dann finden sich Lösungen

von Annette Keimburg

Mein Mann und ich hatten uns zu einem GFK-Seminar angemeldet: eine Woche zum Thema „Selbstempathie“ auf einem Hügel in der Toskana – wunderbare Aussichten! Sechs Paare würden dabei sein. Die Anfahrt mit dem Auto aus Deutschland war lang und stressig. Und dann endlich: das Anwesen lag vor uns, geschafft! Jetzt würden wir unser Appartement beziehen, auspacken und ausspannen können.

Aber komisch: Manche standen noch bei ihren Autos, das Gepäck daneben. Einige erkundeten das Gelände. Wir sollten jedenfalls warten, bis alle angekommen seien. Als es kurz darauf soweit war, schauten wir alle miteinander die sechs Appartements an, die zur Verfügung standen. Ich war geschockt. Sie waren total unterschiedlich: es gab ein sehr großes, wunderschönes, aber auch ein sehr dunkles Zimmer. Eins war winzig. Vor allem aber gab es eins, bei dem man immer durch die Gemeinschaftsküche laufen musste. Das Übelste war eine offene über eine Leiter zu erreichende Galerie im Raum der Gemeinschaftsküche. Au weia! Mir war klar: ich würde nicht so gut im Hauen und Stechen sein, das jetzt anheben würde. Bei so etwas war ich immer eine Looserin. Mit dem Zimmer hinter der Küche würde ich ja noch leben können. Aber mit der Galerie? Und das schönste Zimmer zu wollen war total schambesetzt.

Danach war eine Versammlung auf der Wiese des Hügels angesetzt. Es begann etwas, das für mich eins der großen Lehrstücke in GFK werden sollte. Die Trainerin initiierte, dass alle ihre Bedürfnisse äußerten und wie es ihnen gerade ging. Es gab kein Argumentieren. Alles wurde gewürdigt: sich Wohlfühlen in einer schönen Umgebung, Entspannen und inneres Wachstum, Ruhe, schlafen können, Selbstfürsorge, aber auch Sorge für das Wohl der anderen, Interesse an Harmonie usw.

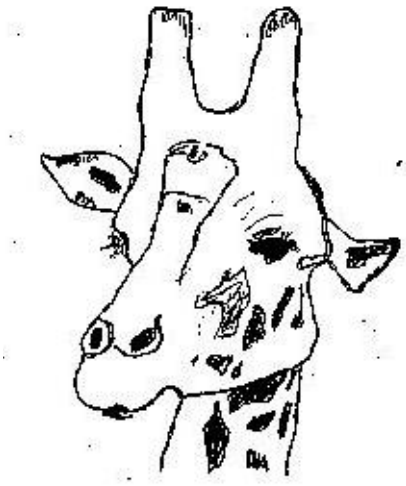
Langsam begann ich mich zu entspannen: Es würde nicht darum gehen, wer sich besser durchsetzen kann oder schneller ist. Alle waren im Blick. Schließlich kamen wir zum „vierten Schritt“ des GFK-Konzepts: „Was können wir jetzt konkret tun? Wie können alle Bedürfnisse zum Zug kommen?“ Manche äußerten, welche Appartements sie sich konkret vorstellen könnten und welche nicht. Derweil wurde es auf dem Hügel dunkel, die Mücken kamen.

Ich merkte, wie eng ich gewesen war: Gewinner und Verlierer würde es geben.

Ich war gar nicht auf die Idee gekommen, noch ganz andere Möglichkeiten einzubeziehen.

Aber es war auch spannend, intensiv. Und ich begriff, dass wir gerade mitten in unserer ersten gemeinsamen GFK-Übung waren.

Es endete damit, dass ein Paar bereit war auf die Galerie zu gehen und dafür die ganze Zeit vom Kochen für die Gruppe befreit war. Ursula freute sich, derweil anderes tun zu können. Kochen war überhaupt nicht ihr Ding. Jemand bot eine Decke: besserer Sichtschutz auf der Galerie! Für diese beiden und das Paar, das durch die Küche gehen musste, wurden Zeiten ausgemacht, in denen die anderen die Küche nicht nutzen würden. Schließlich wurde vereinbart, dass sich alle nach drei Tagen wieder zu-



sammensetzen würden, um zu schauen, wie es allen mit der gefundenen Lösung geht. Ein Paar bot an, mit dem Paar auf der Galerie das Zimmer zu tauschen, falls es ihnen dann mit den gefundenen Lösungen nicht gut gegangen sein sollte.

Es war wirklich spät, als wir endlich unser Appartement beziehen konnten. Aber ich hatte gelernt: Durch dieses Vorgehen war bei allen das Vertrauen entstanden, dass das Wohlergehen und die Zufriedenheit aller allen sehr wichtig war. Durch das Benennen der Bedürfnisse und das Erkennen, wie unterschiedlich sie teilweise waren, tat sich ein riesiger Raum auf, in dem miteinander Ideen und Strategien gesponnen werden konnten, wie die Sache zu lösen wäre. Ich merkte, wie eng ich gewesen war: Gewinner und Verlierer würde es geben. Wie sollte das bei so unterschiedlichen Appartements denn anders gehen?

Ich war gar nicht auf die Idee gekommen, noch ganz andere Möglichkeiten wie z.B. das Kochen einzubeziehen. Am Abend dieses Tages war ich sehr beglückt: wunderbar, wie solch eine Situation zur Zufriedenheit aller hatte gelöst werden können. Und auf Grund des entstandenen Vertrauens an diesem Abend auf der Wiese wurde es eine wunderbare Woche miteinander, in der alle viel Weiteres für ihr Leben und ihr Engagement lernen konnten.

Politische Berichte und Analysen

Syrien: Konfliktüberblick und Lösungsansätze

von Clemens Ronnefeldt

Der Syrien-Krieg dauert nunmehr seit fünf Jahren an; 500.000 Menschen sind bisher ums Leben gekommen. Er hat sich zu einem wahren Stellvertreterkrieg entwickelt, und ein Ende ist nicht abzusehen. In unserer letzten Ausgabe hatte Berthold Keunecke bereits die Kampagne "macht Frieden" vorgestellt. Clemens Ronnefeldt liefert im folgenden eine eingehende Analyse des Konfliktes und zeigt Lösungsansätze auf.

1. Konfliktüberblick

In Syrien und Irak sind mehr als 50% der Bevölkerung jünger als 25 Jahre, in Deutschland nicht einmal 25%. Die Perspektivlosigkeit dieser jungen – häufig gut ausgebildeten – Generation, wird weiterhin ein Spannungsfaktor bleiben, wenn ihr nicht lebenswerte Zukunftschancen ermöglicht werden.

Zwischen Iran und Saudi-Arabien wird ein blutiger Machtkampf um die Vorherrschaft in der Region ausgetragen, bei dem die sunnitisch-schiitische Frage instrumentalisiert wird und die Zivilbevölkerung in Syrien, Irak und auch Jemen die Leidtragende ist.

Unter den ethnischen Konflikten spielt die Kurdenfrage eine zunehmend wichtigere Rolle, seit im Norden Iraks sowie im Nordosten Syriens kurdische Vertreter Selbstverwaltungen ausgerufen haben, die vor allem bei der türkischen Regierung Ängste vor einem Übergreifen dieser Bewegungen auch auf die Türkei verursacht haben. Mit der Bombardierung der PKK-Führung in den irakischen Kandilbergen sowie der Bombardierung zahlreicher kurdischer Hochburgen im Osten der Türkei versucht die Regierung Erdogan durch eine Islamisierung (Bau neuer Moscheen) sowie Arabisierung (Ansiedlung von sunnitisch-arabischen Flüchtlingen aus Syrien in kurdischen Hochburgen) die Demographie neu zu ungunsten der kurdischen Seite „zu gestalten" – mittels Krieg. Mehr als 400 000 Kurdinnen und Kurden sind seit Herbst 2015 aus ihren osttürkischen Heimat-Städten geflüchtet.

Die Faktoren „Klimawandel" und „Wasser" spielen ebenfalls für die Kriege in Syrien und Irak eine zunehmend wichtigere Rolle: In den Jahren vor Beginn des Krieges in Syrien 2011 gab es Dürrekatastrophen vor allem an der syrisch-türkischen Grenze, die Hunderttausende von Klimaflüchtlingen zur Folge hatten, welche sich in Elendsvierteln von Aleppo und Damaskus niederließen und sich von der Regierung Assad vernachlässigt fühlten.

Die türkischen Staudammprojekte des Euphrat und Tigris führen schon jetzt zu einer Verschärfung der Wasserverteilungsfrage zwischen Türkei, Syrien und Irak. Nach der usamerikanisch-britischen Militärintervention in Irak 2003 nahm Syrien mehrere viele Tausend Flüchtlinge aus dem Nachbarland Irak auf, deren Unterbringung und Versorgung das Land destabilisierten.

In Syrien wird auch ein Machtkampf zwischen USA und Russland ausgetragen, bei dem Russland wieder einen Platz jenseits der US-amerikanischen Zuschreibung als "Regionalmacht" beansprucht – und die US-Regierung selbst nach den beiden verlorenen Kriegen in Afghanistan und Irak keinen weiteren Krieg mehr mit Bodentruppen finanzieren kann. Dadurch entstand ein Machtvakuum, in das regionale und internationale Akteure gestoßen sind, und es noch einige Zeit brauchen wird, bis sich Machtbalancen wieder ausgependelt haben.

Die beiden Kriege in der Ukraine und in Syrien haben geostrategisch viel miteiander zu tun - in beiden geht es um Macht- und Einflusssphären, bei denen Russland verlorenes Terrain der letzten Jahrzehnte wieder gewinnen möchte.

Im Tauziehen um zwei (gescheiterte) alternative Erdgas-Pipelines-Pläne der Jahre 2009/2010 (entweder eine Katar-Saudi-Arabien-Syrien-Türkei-Pipeline oder alternativ eine Iran-Irak-Syrien-Pipeline mit Mittelmeer-Hafenterminal) ist Russland aus nachvollziehbaren Gründen nicht daran interessiert, seine starke Rolle auf dem europäischen Erdgasmarkt durch Konkurrenz verringern zu lassen. Europäische Staaten sähen gerne mehr Alternativen zum Erdgas aus Russland, die US-Regierung möchte Putin schwächen - und Iran und Hizbollah wissen, dass nur bei einem Verbleib Assads im Amt die schiitisch-alawitische Landverbindung von Iran, Irak, Syrien und Hizbollah im Libanon – z.B. auch für iranische Waffenexporte an die Hizbollah – erhalten werden kann.

Der ungelöste Israel-Palästina-Konflikt bleibt eine schwelende Wunde, die weit in die gesamte Region hinein negative Auswirkungen hat.

Hafez al-Assad (bis 2010 Präsident in Syrien) mit seinen beiden Söhnen Basil (1995 bei Verkehrsunfall getötet) und Bashar (seit 2010 Präsident).

Grenzstation zwischen Libanon und Syrien

2. Lösungsansätze

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf unter Leitung des UN-Beauftragten für Syrien, Staffan de Mistura, sind zentral für einen Waffenstillstand.

Bei den bisherigen Friedensverhandlungen in Genf fehlten VertreterInnen aus Iran und den kurdischen Gebieten. Die Teilnahme der Letzteren scheiterte bisher am Widerstand der türkischen Regierung, die die kurdische Seite nicht aufgewertet sehen möchte. Ohne kurdische Vertreterinnen und Vertreter aus Nordirak, Rojava (Nordsyrien) und auch der Türkei kann es keinen Frieden in Syrien geben.

Das erste Ziel der Genfer Konferenz wäre der Beschluss eines dauerhaften Waffenstillstandes. Diesem könnte die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone, überwacht durch UN-Blauhelme folgen. Hilfsorganisationen bräuchten Zugang zu Verwundeten und Flüchtlingen. Zur Stabilisierung der Nachbarländer wären die zugesagten, aber bisher nicht überwiesenen Zahlungen zahlreicher Geberländer für die Versorgung der Flüchtlinge in Lagern im Libanon, in der Türkei und in Jordanien notwendig.

Nach der starken Unterstützung durch Russland und Iran verweigerte sich bisher die Syrische Regierung dem Vorschlag einer gemeinsamen Übergangsregierung mit der Opposition.

Um ein Auseinanderbrechen des Staates Syrien zu verhindern, halte ich eine solche U bergangsregierung für ein deeskalierendes Moment.

Im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung plädierten im Herbst 2016 alle relevanten syrischen Kirchenvertreter für eine Aufhebung der Sanktionen, die vor allem Zivilisten in Syrien treffen. Die Aufhebung ist von den jeweiligen nationalen Regierungen zu treffen, die in unterschiedlichem Maße Sanktionen beschlossen haben.

Voraussetzung eines dauerhaften Friedens in Syrien ist die Einstellung aller Bombardierungen der US-geführten Koalition wie auch der russischen Luftwaffe. Die Einstellung aller Drohnen-Angriffe, bei denen zahlreiche Zivilisten auch in Syrien getötet wurden, wäre ein Akt der Vernunft. Im Jahre 2015 verweigerten vier US-Drohnenpiloten den Dienst, weil sie in Drohnenangriffen ein „Terrorzuchtprogramm" sahen.

Ohne eine massive internationale Wirtschaftshilfe zum Wiederaufbau der Region fehlt den Menschen eine Perspektive. Die baldige Ankündigung einer solchen Perspektive könnte viele Notleidenden der Region dazu bewegen, am Wiederaufbau vor Ort mitzuarbeiten.

Ein wesentlicher Beitrag zu einer Deeskalation wäre die Schließung von IS-Rekrutierungsbüros sowie die Beendigung der Kooperation zwischen Unterstützern in der Türkei, Katar und Saudi-Arabien und dem so genannten Islamischen Staat.

Eine westliche Entschuldigung für mehr als einhundert Jahre kolonialer Politik, Unterstützung von diktatorischen Regimen, Sturz demokratischer Regierungen sowie Anstiftungen zu Aufständen und Regime-Wechseln wäre ein erster Beitrag zu einer Aussöhnung zwischen Orient und Okzident.

Die Anklage in Den Haag vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen George W. Bush, Tony Blair, Donald Rumsfeld und Dick Cheney wäre ein Zeichen, dass es westliche Demokratien mit ihren eigenen Werte ernst nehmen – auch wenn die USA den Strafgerichtshof nicht anerkannt haben und schon allein an dieser Tatsache eine Verurteilung der genannten Personen scheitern würde.

Die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für die Krisen- und Kriegsregion könnte Themen wie Wasser, Erneuerbare Energie, Interreligiöser Dialog, Friedenserziehung oder Massenvernichtungsfreie Zone (ABC-waffenfrei von Israel bis Pakistan) als Ergebnis hervorbringen.

UN-Präsenz im libanesisch-israelisch-syrischen Grenzgebiet

Die Einrichtung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen könnte den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zu einem Ausgleich verhelfen und nach einem Waffenstillstand das Neuaufflammen von Kämpfen verhindern helfen.

3. Beiträge von Deutschland

Deutschland hat eine hervorragende Infrastruktur im medizinischen Bereich und könnte Verwundete aus der Region aufnehmen, die eine – derzeit dort nicht mögliche – Spezialbehandlung benötigen.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern der Region könnte Deutschland mit gutem Beispiel voran gehen und nicht nur den täglichen Kalorienbedarf bereit stellen, sondern z.B. auch Lehrerinnen und Lehrer in Jordanien oder dem Libanon bezahlen, die derzeit als Asylbewerber in Deutschland kaum Aussicht auf eine berufliche Perspektive haben. Diesen Personen, deren Expertise vor Ort dringend benötigt wird und die eine ganze Generation junger Menschen durch Bildung davor bewahren kann, in einigen Jahren erneut zu Kriegern zu werden, wäre im Falle lebensbedrohlicher Zuspitzungen oder Verfolgung vor Ort die erneute Einreise nach Deutschland zu garantieren.

Die Einstellung aller Rüstungsexporte in die Region Naher und Mittlerer Osten würde mit dazu beitragen, bewaffnete Konflikte erst gar nicht wie bisher eskalieren zu lassen. Deutschland zählt zu den fünf größten Rüstungsexporteuren und hat im ersten Halbjahr 2016 die Ausfuhr von Munition gegenüber dem Vorjahr verzehnfacht.

Palmyra (Syrien) vor der Zerstörung durch den IS

Die Kündigung der US-Drohnen-Basis Ramstein wäre ein Beitrag zur Einhaltung des Völkerrechts. In seinem Buch „Mit dem IS verhandeln? Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus", München 2016, hat Thomas Carl Schwoerer die Irrationalität militärischer Interventionen offen gelegt und plädiert für einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu zivilen Verhandlungsansätzen:

„Wenn wir den Konflikt in Syrien beenden wollen, müssen wir die Spirale der Gewalt durchbrechen ... Deutschland setzt dort Tornado-Aufklärungsflugzeuge, eine Fregatte zum Schutz eines französischen Flugzeugträgers, mindestens ein Airbus-Tankflugzeug und Satellitenaufklärung ein. Wer Ziele aufklärt, damit sie bombardiert werden können, ist genauso verantwortlich für die Zerstörung wie der, der die Bomben abwirft".

Der jüngste Beschluss des Bundestages zur Ausweitung des deutschen Syrien-Beitrages in Syrien durch den Einsatz von AWACS-Flugzeugen beinhaltet Gefahren für eine Eskalation in der Region. Die Flugzeuge sind auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert – einem Land, das in die Diktatur abgeglitten ist. Die Regierung Erdogan wird an den Aufklärungsergebnissen interessiert sein, um kurdische PKK-Stellungen und Kämpfer bombardieren zu können. Die AWACS-Maschinen können nicht nur Bildmaterial liefern, sondern auch als Feuerleitzentralen fungieren. Im jüngsten Beschluss des Bundestages ist zwar diese Funktion ausdrücklich ausgenommen worden, im Falle einer Eskalation steht jedoch zu befürchten, dass auch ohne das Zusammenrufen zu einem erneuten Bundestagsbeschluss deutsche Soldaten möglicherweise für die Koordinierung von Angriffen mittels Kampfbombern eingesetzt werden. In den AWACS-Maschinen sind etwa ein Drittel des Personals deutsche Bundeswehrsoldaten. Die Syrien-Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien" hat es sich zum Ziel gesetzt, den Bundeswehreinsatz in Syrien zu beenden und zivile Lösungsansätze zu stärken. Koordiniert wird diese Kampagne vom Netzwerk Friedenskooperative. (www.macht-frieden.de).

Palmyra (Syrien) vor der Zerstörung durch den IS

Wie kommt die Friedensbewegung aus der Krise?

von Otmar Steinbicker

Die Friedensbewegung ist in einer Krise. Alle Welt spricht von einem neuen Kalten Krieg und von einer zunehmenden Gefahr, dass der kalte in einen heißen Krieg umschlägt. Doch in dieser brisanten Zeit wird die Friedensbewegung öffentlich kaum wahrgenommen. Otmar Steinbicker denkt darüber nach, was zu tun ist. Wir entnehmen seinen Beitrag mit freundlicher Genehmigung dem Aachener Friedensmagazin (www.aixpaix.de), das er herausgibt.

Ein Teil der Friedensbewegung ruft jetzt für den Herbst zu einer Großdemonstration auf, in der Hoffnung mit einer großen Teilnehmerzahl auf der Straße wenigstens wahrgenommen zu werden. Einige der Organisatoren schrecken dabei nicht vor einer Zusammenarbeit mit rechten Verschwörungsfantasten und deren „alternativen“ Medien zurück, sondern sehen gerade darin „ein Unterpfand auch weiterer erfolgreicher Aktionen der Friedensbewegung“. Andere Aufrufende möchten dagegen eine solche Zusammenarbeit verhindert sehen.

Fatale Konstellation des „Friedenswinter“

Hier wiederholt sich die fatale Konstellation des so genannten „Friedenswinter“. Nachdem im Frühjahr 2014 überwiegend rechtsoffene „Mahnwachen für den Frieden“ wie Pilze aus dem Boden schossen, erhofften sich nicht wenige Friedensbewegte aus diesem Potential eine Stärkung der Bewegung zu schöpfen. Doch das Ergebnis war eine nachhaltige Schwächung der Friedensbewegung.

Bis zum Winter 2014 waren bereits die meisten dieser „Mahnwachen“ in sich zusammengebrochen und das offene Bündnis der Veranstalter des „Friedenswinter“ mit rechten Verschwörungsfantasten hielt diejenigen von einer Teilnahme ab, die die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung für wichtiger halten als Teilnehmerzahlen einer Demonstration. Unterm Strich blieben die Zahlen von 4000 Teilnehmern in Berlin und wenigen Tausend in anderen Städten weit hinter den Erwartungen zurück. Auch wenn die Ostermärsche 2015 und 2016 die Friedensbewegung wieder in bekannter Größenordnung präsentierten, hielt doch der Streit über die Eskapaden des „Friedenswinter“ an und wirkt noch immer auf Teile der Bewegung eher lähmend.

Inhaltlich enthält der Aufruf zur diesjährigen Großdemonstration einen umfangreichen Katalog von Forderungen. Da ist fast alles enthalten, was auch andernorts zum Beispiel bei den Ostermärschen seit Jahren von der Friedensbewegung formuliert wurde und wird. Neu ist das nicht und eine aktuell konkretisierte und womöglich realisierbare Forderung gibt es nicht. Angesprochen werden auf diesem Wege also allenfalls Insider der Bewegung. Da wird man sehen, wieviele sich auf dieser Grundlage auf den Weg nach Berlin machen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Teilnehmerzahl am Ende enttäuschend ist und eher Frust als Hoffnung erzeugt wird.

Lässt sich die Friedensbewegung der 1980er Jahre wiederbeleben?

Dass die Veranstalter gerne die großen, eindrucksvollen und bunten Demonstrationen der 1980er Jahre wiederbeleben möchten, ist kein Geheimnis. Doch scheinen sie dabei die besonderen Bedingungen für das Entstehen dieser Bewegung außer Acht zu lassen, die zwar an die Bewegungen der 1950er bis 1970er Jahre anknüpfte, aber ihre eigene Dynamik entfaltete.

Obendrein wäre es problematisch, die Bilanz der Friedensbewegung der 1980er Jahre auf die eindrucksvollen Demonstrationen zu reduzieren. Schließlich prägten diese nur die Zeit von Mai 1981 (Evangelischer Kirchentag in Hamburg) bis Oktober 1983 (Großdemonstration in Bonn und Menschenkette in Baden-Württemberg). Nach dem Stationierungsbeschluss des Bundestages Ende 1983 ging die Teilnehmerzahl bei den Demonstrationen der Friedensbewegung schnell und drastisch zurück.

Besonderheiten der '80er Jahre

Für die Mobilisierung in diesen bis dahin und danach kaum vorstellbaren Dimensionen waren für mich zwei Aspekte von Bedeutung:

1. Die Erkenntnis, dass diese Raketenstationierung nicht einfach ein Mehr von wenigen Hundert Atomwaffen zu den bereits vorhandenen vielen Tausend bedeutete, sondern eine neue Dimension in Richtung Führbarkeit eines Atomkrieges darstellte. Die Friedensbewegung benötigte damals selbst ein Jahr zwischen dem NATO-Beschluss zur Stationierung im Dezember 1979 und dem „Krefelder Appell“ im November 1980, bis sie sich über diese Problematik klar und dagegen aktiv wurde und diese Problematik dann auch noch erfolgreich gesellschaftlich vermitteln konnte.

2. Es gab einen relativ langen und dennoch überschaubaren Mobilisierungszeitraum. Vom Beginn der Kampagne 1980 an war klar, dass der Bundestag Ende 1983 über die endgültige Stationierung beschließen würde. Über diesen langen Zeitraum hin schien ein Erfolg erreichbar zu sein. Dieser äußere – von der Bundesregierung zu verantwortende – Faktor erwies sich für die Friedensbewegung als überaus nützlich.

Wer heute von einer Wiederbelebung der Friedensbewegung in den Dimensionen der 1980er Jahre träumt, sollte die aktuell gegebenen Faktoren also gründlich analysieren, bevor er sich entsprechende Chancen ausrechnet!

Das Zerbrechen des „sicherheitspolitischen Konsenses“

Der Erfolg der Friedensbewegung der 1980er Jahre war aus einem anderen Grund ein nachhaltiger. Es gelang damals, den „sicherheitspolitischen Konsens“ zu zerbrechen, wie Egon Bahr es Anfang 1982 formulierte. Jegliche Militärpolitik wurde gesamtgesellschaftlich in einem bis dahin kaum für möglich gehaltenen Ausmaß hinterfragt. Das betraf nicht nur den Aspekt der Atomwaffen, die NATO und das Verhältnis zu den USA, sondern auch die Bundeswehr.

Alternative Sicherheitsstrategien

Wichtiger noch war das Hinterfragen bisheriger Militärdoktrinen und die Entwicklung einer Vielfalt alternativer Sicherheitsstrategien von der „Sozialen Verteidigung“ nach Vorstellungen aus Teilen der Friedensbewegung bis hin zur „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ nach Vorstellungen einer Arbeitsgruppe von Bundeswehr- und DDR-Militärs. Eine Erkenntnis war allen gemeinsam: Die bisherigen Militärstrategien des Kalten Krieges waren gescheitert – nicht nur im Bewusstsein der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, sondern auch von Teilen der Politik und des Militärs in Ost und West.

Mit dem Zusammenbrechen der DDR und des Warschauer Pakts 1990/91 änderten sich für Politik und Militär die bisherigen Grundvoraussetzungen, indem das Denken in militärischen Blöcken entfiel und schon bald nach anderen Einsatzmöglichkeiten des Militärs gesucht und in Auslandseinsätzen „out of area“ gefunden wurde.

Nachhaltigkeit des Erfolges

Die Nachhaltigkeit des Erfolges der Friedensbewegung der 1980er Jahre zeigt sich heute optisch vor allem in der anhaltenden (wenn auch zahlenmäßig überschaubaren und zunehmend überalterten) Ostermarschbewegung. Ihre deutliche Wirkung hat sie aber in der nachhaltigen Ablehnung von Kriegseinsätzen in der Bevölkerung. Gelang es der Friedensbewegung der 1980er Jahre erst 1983 nach vielen Massendemonstrationen bei Umfragen eine 75-Prozent-Mehrheit in der Ablehnung der Raketenstationierung zu erreichen, so hält sich diese Zahl bisher ohne vergleichbaren Aufwand konstant in der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Friedensbewegung in der Gegenwart

Kehren wir zurück in die Gegenwart. Eine Zuspitzung der friedenspolitischen Problematik auf eine solche einzelne Stationierungsentscheidung gibt es derzeit nicht. Dafür kann die Friedensbewegung nichts. Es gibt stattdessen eine Vielfalt wichtiger Themen. Im Widerstand gegen Rüstungsexporte und Atomwaffen arbeitet die Friedensbewegung sehr konkret und auch öffentlich erkennbar gut. Auf anderen Feldern wie der Formulierung einer eigenen alternativen Sicherheitspolitik im Gegensatz zum Weißbuch der Bundeswehr hat sie dringend Nachholbedarf.

Dass die Friedensbewegung so viele wichtige Themen gleichzeitig sieht und sich nicht für eine klare Schwerpunktsetzung entscheiden kann, hat sie im Übrigen mit der Gegenseite gemeinsam. Auch in der NATO und in der Orientierung der Bundeswehr gibt es derzeit keine klare Schwerpunktsetzung. Dort wo sich Friedensbewegung als eine Gegen-Bewegung versteht, kann sie nicht schwerpunktmäßig agieren, wenn die andere Seite keine Schwerpunkte setzt. Andere Chancen eröffnen sich dort, wo sich die Friedensbewegung nicht oder nicht nur als Gegen-Bewegung versteht.

Zentrale Problemstellungen in der Sicherheitspolitik

Zentrale Problemstellungen in der Sicherheitspolitik sind derzeit die Erfahrungen von Sackgassen. Erstens: Interessenkonflikte mit Russland lassen sich nicht militärisch lösen. Eine Lösungsversuch im großen Stil würde im Untergang der europäischen Zivilisation enden. Zweitens: Politische Konflikte in anderen Teilen der Welt müssen politisch und können nicht militärisch gelöst werden. Diese Erkenntnis ist nach dem verlorenen Afghanistankrieg auch in der Bundeswehr schmerzlich präsent.

Die NATO und das Verteidigungsministerium haben letztlich keine Antwort auf diese Probleme. Die NATO versucht sich derzeit im schwierigen und abenteuerlichen Spagat einer militärischen Eskalation des Konfliktes mit Russland bei gleichzeitiger Vermeidung eines großen Krieges. Zusätzlich wird auch noch über eine Wiederaufnahme des Afghanistankrieges nachgedacht.

Das Weißbuch des Verteidigungsministeriums soll noch in diesem Monat öffentlich vorgestellt werden. Ersten Einschätzungen von Journalisten, die schon vorab einen Blick hineinwerfen durften, ist mit der Orientierung auf eine „Allroundarmee“ zu rechnen. Das ist ähnlich diffus und allgemein wie der aktuelle Aufruf zur Friedensdemonstration.

Politische Konflikte benötigen politische Lösungen

Wenn es für politische Konflikte also nur politische Lösungen und keine militärischen gibt, dann brauchen wir politische Lösungen für aktuelle internationale Konflikte. Je früher politische Lösungsversuche ansetzen, umso eher können sie erfolgreich sein. Insofern können sie im Rahmen einer Konfliktprophylaxe einfacher und schneller wirken als in einem in vielerlei Hinsicht verfahrenen und verkomplizierten Krieg wie im Irak und in Syrien. Dennoch wird es auch im Irak und in Syrien keinen Frieden geben, wenn für einen solchen Frieden keine politische Lösung gefunden wird.

Gegenwärtig sind solche Lösungsvorschläge von außerhalb der Friedensbewegung noch selten. Der leider im Januar verstorbene Andreas Buro hatte als pazifistischer Friedensforscher und -aktivist ab 2006 am Konzept einer Zivilen Konfliktbearbeitung gearbeitet und dieses nicht als Abstraktum definiert, sondern gemeinsam mit anderen an konkreten Konflikten von Türkei/Kurdistan über Afghanistan und Nahost bis hin zu Syrien, der Ukraine und Mali durchdekliniert.

Wenn solche politische Lösungswege anvisiert werden, dann lassen sich in diesem Rahmen auch Forderungen bzw. Vorschläge für das Handeln der Bundesregierung als unserem Hauptansprechpartner entwickeln: sowohl um die Beteiligung an oder die Beförderung von

Kriegen zu unterlassen, als auch um Maßnahmen zur Deeskalation einzuleiten oder Vermittlung in einem Konflikt zwischen Dritten anzubieten.

Zusammenarbeit mit der Friedensforschung

Wenn Friedensbewegung einen solchen Weg beschreiten und dringend benötigte Lösungsvorschläge für Konflikte vorlegen will, dann benötigt sie eine enge Zusammenarbeit mit der Friedensforschung. Ein solch enges Zusammenwirken von Friedensforschung und Friedensbewegung gehörte übrigens auch zu den Grundlagen für den Erfolg der Friedensbewegung in den 1980er Jahren!

Wenn Friedensbewegung Lösungsvorschläge für Konflikte in die gesellschaftliche Debatte einbringen will, dann benötigt sie aber auch effektive Wege der Öffentlichkeitsarbeit. Dass heute Friedensbewegung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, liegt ja keineswegs nur an der Ablehnung von Medien, Positionen der Friedensbewegung zu verbreiten, sondern zu einem nicht geringen Teil auch an der Unfähigkeit, ihre Positionen mediengerecht zu vermitteln.

Auch in Bereichen außerhalb der klassischen Medien, z.B. den neuen sozialen Medien, ist die Friedensbewegung derzeit unterproportional präsent. Hier ist sehr viel auch individuelles Engagement mit individuell zu bemessendem Aufwand möglich. Da kann niemand sagen: „So etwas kann ich gar nicht“.

Zähe Überzeugungsarbeit und viele Gespräche

Dass ein solcher Weg für die Friedensbewegung insgesamt aufwändig und mühevoll ist, sollte allen Beteiligten bewusst sein! Aber auch das war in der Friedensbewegung der 1980er Jahre nicht anders. Die Teilnehmerzahlen an den großen Demonstrationen kamen schließlich auch nicht aus dem Nichts, sondern waren das Ergebnis zäher Überzeugungsarbeit und vieler Gespräche an Infoständen und in Veranstaltungen. Da ist die Überzeugungsarbeit übrigens heute in den sozialen Medien sehr viel weniger aufwändig und mühevoll möglich als damals.

Wenn die Friedensbewegung wieder deutlicher wahrgenommen werden möchte, was ebenso wünschenswert wie politisch erforderlich ist, dann ist jetzt wohl eine ernsthafte Zukunftsdebatte angesagt. Da muss zu allererst um Inhalte gehen, um Einschätzungen der Probleme der Gegenwart und um absehbare künftige Gefahren, dann natürlich auch um angemessene Zielsetzungen. Da wird dann auch zu unterscheiden sein zwischen anzusteuernden Fernzielen und der Frage der Strategie zur Erreichung derselben. Einfach ein paar verbalradikale Maximalforderungen aufzuschreiben, reicht da nicht aus.

Kriterium für Erfolge

Das Kriterium für Erfolge der Friedensbewegung wird wieder – wie in den 1980er Jahren – das Zerbrechen des „sicherheitspolitischen Konsens“ sein. Nur in dem Maße, wie das überzeugend gelingt, wird sich gesellschaftlich die Frage nach sicherheitspolitischen Alternativen stellen.

Die Chancen, dass der derzeitige „sicherheitspolitische Konsens“ zerbrochen werden kann, stehen gut, denn dieser Konsens steht in der NATO wie in Deutschland auf sehr wackligen Füßen! Es liegt an der Friedensbewegung, diese Chancen zu nutzen.

„Karlsruher Aufruf“ an die EKD-Synode in Magdeburg übergeben

Es ist ein Appell für eine Neuorientierung der kirchlichen friedensethischen Position mit einer klaren Absage an die Bereithaltung, Androhung und Anwendung militärischer Gewalt und einem deutlichen Bekenntnis zur zivilen Konfliktbearbeitung. Mehr als 3100 Menschen, darunter allein 1850 aus der badischen Landeskirche, haben den „Karlsruher Aufruf an die EKD“ seit 2015 unterschrieben, bei der EKD-Synode in Magdeburg wurde er von Stefan Maaß, dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Landeskirche in Baden, an den Rat der EKD übergeben.

Dieser Karlsruher Aufruf geht zurück auf einen Kreis pazifistisch interessierter und friedensbewegter Mitglieder der badischen Landeskirche, formuliert wurde der Text von Mitgliedern des Forums Friedens-Ethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Arbeitsstelle Frieden der badischen Landeskirche, angesichts der zunehmenden Akzeptanz von Gewalt als politischem Lösungsmittel in Politik und Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung der Kirchen, hier Position zu beziehen.

In dem Karlsruher Aufruf werden Rat und Synode der EKD gebeten, die bisherigen friedensethischen Positionen weiter zu entwickeln. „Die EKD braucht ein klares friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges“, heißt es im Aufruf. Anders als noch in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 formuliert, soll die Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt auch nicht mehr als äußerstes Mittel mitgetragen werden. „Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer friedenslogischen Politik, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt“, fordern die Unterzeichner des Aufrufs von der EKD.

Die badische Kirche hatte auf ihrer Landessynode 2013 nach einem längeren und breit angelegten Diskussionsprozess erklärt, zu einer Kirche des gerechten Friedens zu werden. Dabei hatte sich die Landeskirche auch dazu verpflichtet, sich in der EKD dafür einzusetzen, dass das Gespräch über das Friedensthema vertieft weitergeführt wird. Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist der Karlsruher Aufruf, der nun an die EKD übergeben wurde. Dieter Junker

Versöhnungsarbeit vor Ort

Meine US-Uniform im israelischen Gefängnis

von Tair Kaminer

Die Autorin ist israelische Kriegsdienstverweigerin. Den folgenden Brief an Mr. Smith, den wir hier mit freundlicher Genehmigung von connection e.V. (bzw. des Übersetzers, Rudi Friedrich) abdrucken, hat die Autorin selbst mit der folgenden Vorbermerkung versehen: Die Gefängnisuniformen in den israelischen Militärgefängnissen stammen alle aus US-Beständen. Ich frage mich, ob sich US-Soldaten, die diese einmal getragen haben, der Rolle ihres Landes bei der Besatzung bewusst sind und dieser ein Ende setzen wollen. Aber vielleicht ist Mr. Smith auch ein Opfer des Kapitalismus, des Rassismus und der Ungerechtigkeit, gegen die ich kämpfe.

Sehr geehrter Mr. Smith,

Sie kennen mich nicht, aber ich habe das Gefühl, dass wir uns sehr nahe sind. In den letzten 20 Tagen habe ich ihr Hemd getragen. Es war das Hemd, das Sie während Ihres Dienstes in der US-Armee trugen. Und jetzt kommt‘s: Ich sitze in einem israelischen Militärgefängnis. Und Ihre Uniformen, die hier im Militärgefängnis benutzt werden, wurden unserem Land von Ihrem geschenkt. Ja, es sind wirklich US-Uniformen, die wir tragen, die mit dem Tigermuster, die Uniformen der Marines. Und einige von ihnen tragen immer noch, aufgenäht auf der rechten und linken Seite, die Familiennamen der Soldaten. Dieses Mal bekam ich Ihr Hemd, auf dem Ihr Name immer noch auf der rechten Seite aufgenäht ist.

Ich möchte Ihnen berichten, warum ich im Gefängnis bin. Ich sitze hier, weil ich mich geweigert habe, Dienst in der israelischen Armee zu leisten, da ich gegen die Fortsetzung der Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten bin. Ich bat darum, einen alternativen Dienst abzuleisten, aber sie lassen mich nicht. Dieses Mal im Gefängnis denke ich an Sie, weil die Uniform, die ich anhabe, Ihren Namen trägt. Ich frage mich, was Sie darüber denken, wie es für Sie ist, wenn ich Ihre Uniform trage?

Ich frage mich, wer Sie sind? Wie zu erwarten, stellte ich Sie mir zu Beginn als einen typischen Amerikaner vor, vielleicht etwas rundlich, ein Football-Fan und vielleicht haben Sie überhaupt keine Idee, was hier passiert. Sie sind sich vielleicht gar nicht bewusst, dass es zwischen Israelis und PalästinenserInnen einen sehr komplizierten und traurigen Konflikt gibt, dass es seit der Gründung dieses Landes schreckliche Kriege gab. Deshalb ist es mir wichtig, Ihnen darüber zu berichten. Ich trage schließlich Ihr Hemd.

Wir sind seit vielen Jahren in dieser Situation. Es ist ein Zustand, in dem es immer wieder Kriege gibt. Tausende Menschen auf beiden Seiten wurden aufgrund dieser Kriege getötet. Die PalästinenserInnen leben unter israelischer Besatzung. Das bedeutet für sie, dass ihnen die grundlegenden Lebensrechte verwehrt werden: Freiheit, Sicherheit und Würde. Die PalästinenserInnen, die unter einer enormen israelischen Militärpräsenz im Gaza-Streifen stehen, erleben zwei Mal im Jahr, dass die israelische Armee kommt und Orte zerstört.

Natürlich leiden auch die Israelis unter dieser Situation. Wir erleben einen traurigen Kreislauf, der von Jahr zu Jahr schlimmer wird. Seit Jahren leben BewohnerInnen ganzer Ortschaften in Israel in der Nähe der am Gaza-Streifen gelegenen Stadt Sderot damit, in Bunker zu rennen, um Raketenangriffen zu entgehen, täglich, nicht nur in Kriegszeiten. Enorme Teile der Bevölkerung, sowohl Soldaten wie auch Zivilpersonen, leben in Angst und mit einem Trauma.

Um es zusammenzufassen: Es ist hier nicht sicher, für niemanden. Und der Grund, warum dies etwas mit Ihnen zu tun hat, ist der, dass Ihre Regierung stark in diesem Konflikt involviert ist. Die Steuern, die Sie zahlen, werden zur Unterstützung dieser Kriege verwandt. Konkret heißt das: Wir erhalten ein „Sicherheits“-Budget und in Israel heißt „Sicherheit“ in Wahrheit „Besatzung“, eine Belagerung und eine Blockade der palästinensischen Bevölkerung. Das geschieht, so wird gesagt, natürlich für die Sicherheit der Israelis.

Ihre Regierung hat in dieser Frage sehr viel Macht und Einfluss. Man könnte sagen, dass Ihr Präsident diese Kriege managt. Ich bekam Ihr Hemd nicht zufällig. Ihr Land ist ein bisschen mehr an der Situation beteiligt, als nur alte Uniformen zu spendieren.

Nun, nachdem Sie die Situation kennen: Sind Sie dadurch beunruhigt, dass Ihre Kleider und Ihr Geld dazu benutzt werden, das palästinensische Volk unter Besatzung zu halten? Dass dies dazu beiträgt, dass es keine Sicherheit in Israel gibt? Können Sie mit diesem Wissen ruhig schlafen?

Tatsächlich stelle ich Sie mir etwas anders vor. Ich möchte daran glauben, dass Sie eine Person sind, die in ihrer Gesellschaft aktiv ist, einfach deshalb, weil es schön wäre,

wenn die Person, deren Hemd ich trage, eine bedeutsame Rolle in ihrer Gesellschaft spielte. Und dass Sie sich des israelisch-palästinensischen Konfliktes bewusst sind, sogar einige Kritik an Israel haben.Und dass Sie auch wissen, dass sie nicht antisemitisch sind, nur weil sie gegen Besatzung sind und gewaltfreie Aktionen dagegen unterstützen, weil Israel tatsächlich Verbrechen begeht und es Ihnen als Weltbürger wichtig ist, nicht Ihren Namen dafür herzugeben und Sie auch betroffen sind, wie Ihr Geld benutzt wird. Das ist fantastisch! Aber ich frage mich, ob Sie diese Verbindung herstellen, zwischen dem, was in Ihrer Stadt oder Ihrem Staat passiert und was in Übersee passiert, wo wir leben. Weil auch wir, hier im Nahen Osten stark durch die Politik in den USA beeinflusst sind. Ich will das erklären.

Es ist sehr wichtig, Israel für das ganze Problem verantwortlich zu machen. Aber das ist nicht genug. Wie Sie sehen, wurde die Atmosphäre in Israel immer gewalttätiger, rassistischer und extremistischer. Unsere Regierung ist verantwortlich dafür. Aber Ihre Regierung setzt ihre Politik fort, meiner Regierung zu schmeicheln. Ich weiß, dass es ab und an Spannungen gibt. Ich weiß, dass Bibi manchmal einfach törichte Dinge im Verhältnis mit Euch macht. Aber am Ende des Tages gewähren Sie Schutz für diese Gräueltaten: eine inoffizielle Erlaubnis, die aber sehr bedeutsam ist. Deshalb: Es ist genug. Genug Kooperation. Genug an Geldmitteln für die Besatzung. Genug an Militärhilfen. Genug an scheinheiliger Beteiligung, die doch nur darauf zielt, den Status Quo aufrecht zu erhalten.

Ja, ich bitte Sie als eine Person, die Ihr altes Hemd trägt: Üben sie wenigstens etwas Druck in den USA aus und geben Sie Ihrer Regierung nicht einfach die Legitimation dafür, Verbrechen zu unterstützen, die hier geschehen.

Plötzlich trifft mich die Erkenntnis: Es könnte sein, dass Sie bereits gestorben sind. Ich meine, auch Sie sind ein Soldat, auch Sie haben an Feldzügen teilgenommen und vielleicht wurden Sie bei den Machtkämpfen getötet? Vielleicht haben Sie auch Ihr Leben verloren, weil Industriemagnate reich durch diesen Krieg wurden? Vielleicht hatten Sie eine Familie und Kinder, die zu Waisen wurden, weil irgend ein Schwein mehr Geld haben wollte? Er wollte mehr Waffen verkaufen, mehr Munition, er setzt wen auch immer unter Druck, nur damit der Krieg weitergeführt wird. Er dachte nicht an Ihre Mutter, die ihr Kind verlor, während er wahrscheinlich gerade dabei war, ein neues Auto zu kaufen. Er dachte nicht an Ihre Schwester, die ihren großen Bruder verlor, während er gerade Entscheidungsträger bestach, um noch reicher zu werden. Ich bin mir sicher, er dachte auch nicht an Ihren besten Freund, während er wahrscheinlich ruhig schlafen ging.

Entschuldigen Sie, Mr. Smith. Ich dachte gar nicht daran und jetzt fühle ich mich schlecht. Sie sind so wie viele PalästinenserInnen, viele Israelis: ein Opfer. Ein Opfer des Kapitalismus, der unsere Leben verkauft und ein Opfer der Rechten, die Diskriminierung zwischen uns schaffen und ein Opfer der Regierungen, die Rassismus säen und ein Opfer der Ungerechtigkeit.

So sitze ich hier auch für Sie im Gefängnis, Mr. Smith. Weil ich nicht willens bin an der Ungerechtigkeit teilzunehmen, die uns tötet und auch viele andere tötet. So danke ich Ihnen, Mr. Smith, dass Sie mit mir sind, mich bei meinem Kampf für eine bessere Welt begleiten, die hier sein könnte: Für unsere Kinder und auch für mich.

EAK: Kriegsdienstverweigerung ist ein mutiger Schritt aus Gewissensnot

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat nachdrücklich das Grundrecht auf eine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen unterstrichen. Anlass ist

das derzeit laufende Verfahren des ehemaligen US-Soldaten André Shepherd vor dem Verwaltungsgericht in München. Shepherd hatte sich 2007 durch Desertion einem Einsatzbefehl für den Irak entzogen, da er befürchtete, unterstützend an Kriegsverbrechen der US-Armee beteiligt zu sein. Darum beantragte er 2008 Asyl in Deutschland, was vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aber abgelehnt wurde. Gegen diese Entscheidung klagte er vor dem Verwaltungsgericht in München, das das Verfahren zunächst aussetzte, bis der Europäische Gerichtshof (EuGH) im vergangenen Jahr entschied, dass die Entscheidung über den Asylantrag bei deutschen Behörden und Gerichten liege.

Und hier hofft die EAK, dass das bayerische Verwaltungsgericht dem US-amerikanischen Soldaten Recht

gibt und ihm Asyl in Deutschland gewährt. „Allerdings hat das Gericht in seiner Verhandlung fast vier Stunden lang vor allem die persönliche Glaubwürdigkeit von André Shepherd in den Blick genommen, aber nur kurz danach gefragt, ob seine Einheit an einem völkerrechtswidrigen Einsatz und Kriegsverbrechen beteiligt war oder ob die Desertion die einzige Möglichkeit für ihn war, diesem Einsatzbefehl Folge zu leisten“, bedauert EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf, der, ebenso wie Vertreter anderer Menschenrechts- und Friedensgruppen als Beobachter an dem Prozess teilnahm. „Ich hätte es begrüßt, wenn das Gericht hier im Verfahren andere Schwerpunkte gesetzt und stärker die Glaubens- und Gewissensfreiheit jedes Menschen unterstrichen hätte“, so Burggraf.

Es müsse möglich sein, dass Soldatinnen und Soldaten jederzeit einen Einsatz aus Gewissensgründen verweigern können, machte der EAK-Geschäftsführer deutlich. Und er hoffe, dass dies auch das Verwaltungsgericht anerkenne. Denn: „Solche Entscheidungen wie eine Kriegsdienstverweigerung oder sogar eine Desertion als letztes Mittel sind mutige persönliche Schritte aus Gewissensnot, die es zu achten gilt. Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“, betont Wolfgang Burggraf.

Die Syrien- Kampagne hat Fahrt aufgenommen

von Berthold Keunecke

Mit einem 100 qm großen Banner sind wir am 10. November auf den Bundestag in Berlin zugegangen und haben mit unserer Forderung „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“ ein mediengerechtes Foto produziert. Drinnen im Bundestag wurde dann am Abend abgestimmt: Leider haben wir nicht mehr Abgeordnete zu einem Nein bewegen können als vor einem Jahr – dafür haben die Linke und die Grünen im Block dagegen gestimmt.

Zunächst hatten wir ja mit mehr Zeit gerechnet: Für Mitte Dezember war die Abstimmung eigentlich geplant. Doch dann hatte die NATO beschlossen, mit ihren AWACS- Systemen in den Syrienkonflikt einzugreifen, und um deren deutsches Personal daran beteiligen zu können, war eine weitere Bundestagsentscheidung nötig. Um beides zusammenlegen, wurde die Mandatsverlängerung vorgezogen.

Wir haben mit dem Aufruf zu „Urgend Action Days“ vom 1. bis 10. November reagiert und angeregt, mit Mahnwachen, Briefen, Telefonanrufen und anderen Aktionen den Mitgliedern des Bundestages deutlich zu machen, dass wir, dass so viele Menschen diesen Krieg nicht wollen.

Mit fünf Presseerklärungen innerhalb von zehn Tagen haben wir versucht, unsere Argumente zentral zu Gehör zu bringen: Dass die Einbeziehung der NATO durch die AWACS- Einsätze eine weitere Konfrontation mit Russland bedeutet, dass die Türkei in ihrem Demokratieabbau und in ihrem Krieg gegen die Kurden durch die Flugzeuge unterstüzt wird, und natürlich, dass es so viele gewaltfreie Ansätze gibt, die verstärkt werden müssen … Es lohnt sich, die Erklärungen im Internet in der Pressespalte unserer Homepage nachzulesen:

www.macht-frieden.de/informieren/presse

Die Aktion vor dem Reichstagsgebäude am 10. November war bunt und lebendig. Über 100 Leute waren an diesem Donnerstagvormittag dabei. Ich konnte als Mitglied des Kampagnenrates eine kurze Rede halten und Interviews geben. Mein Eindruck von der Kampagne ist, dass sie von einem guten Geist des gemeinsamen Ziels und von professioneller und kreativer Arbeit geprägt ist. Dass zwei sehr engagierte Leute hauptamtlich und hochkompetent hinter der Arbeit stehen – Elise Kopper als Campaingnerin und Philipp Ingeleuf als Koordinator – macht eine starke Kraft in der Kampagne aus.

Wir werden diesen ersten Höhepunkt der Kampagne nun auswerten und hoffen, mit der guten Zusammenarbeitserfahrung im Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr Einfluss nehmen zu können. Im Dezember 2017 steht dann wohl die nächste Mandatsverlängerung an … Als Versöhnungsbundmitglieder sollten wir vor Ort die guten Ansätze der Kampagne aufnehmen und unter die Leute tragen.

Kundgebung Samstag, 12.11.2016 Saarbrücken

Ein Zeichen setzen gegen den Krieg und für den Frieden in Syrien – das war das Ziel der Kundgebung in Saarbrücken. Wir unterstützten dabei die Kampagne MACHT FRIEDEN: Zivile Lösungen für Syrien: Druck auf die Abgeordneten zu machen, die am Donnerstag über ein weiteres Bundeswehrmandat im Bundestag abgestimmt hatten.

Das Friedensnetz Saar hatte in der letzten Sitzung beschlossen, aus der Sorge um den Syrienkonflikt am Samstag, dem 12. November, eine Kundgebung in Saarbrücken zu veranstalten. Als der kleine Trauermarsch durch die Straßen zog, löste das bei vielen Menschen zumindest Erstaunen aus. Ein guter Standort war dann das Podest vor der Europagalerie, weil es dort Gelegenheit gab, sich mit den Menschen auszutauschen und Fragen zu beantworten, zur Situation in Syrien und zur

Kundgebung. Die Darstellung des Sarges mit dem toten Kind, das als Bild angebracht war, löste mitunter tiefe Emotionen aus.

Es stießen auch immer wieder spontan Flüchtlinge zu der Kundgebung, die das Banner tragen wollten. Wir werden an diese gelungene Sensibilisierung der Wahrnehmung des Syrienkrieges anschließen. Eine weitere Kundgebung wird es zum Tag der Menschenrechte am Freitag, 9. Dezember 15.00 Uhr vor der Europagallerie in Saarbrücken geben. Dazu wird es einen Flyer in drei Sprachen geben in Deutsch, Arabisch und in Französisch, um möglichst alle Menschen zu erreichen.

Waltraud Andruet

Bericht von der Vorstandssitzung 8.-9-10.2016 (Herford)

von Annette Nauerth

Im Oktober tagte der Vorstand in Herford, jedoch aufgrund der Verhinderung etlicher Vorstandsmitglieder in kleiner Runde. Daher wurde das geplante Thema „Strategieentwicklung des VB“ auf die nächste Sitzung vertagt. Hauptthema war die Vorbereitung der Jahrestagung zum Thema „Pazifismus vor neuen Herausforderungen“. Mit Susanne Luithlen, Egons Spiegel und Lucas Johnson konnten drei interessante Hauptreferenten gewonnen werden. Als Einstieg in die Tagung ist ein Podium mit kontroversen Statements geplant. Als neues Format werden auf dieser Jahrestagung zudem „Schnupperkurse“ zu verschiedenen Formen gewaltfreier Methoden angeboten. Berichte über die verschiedenen Aktivitäten des Verbandes ergänzten die Planungsarbeit. Um einen Überblick über die vielfältige Arbeit des VB zu bekommen, wurde beschlossen, die Mitglieder um Informationen zu bitten, damit ein umfangreicher Bericht für die Jahrestagung vorgelegt werden kann (siehe unten). Für das nächste Jahr wurde die Weiterführung des Workcamps gegen Atomwaffen in Büchel beschlossen.

Aktion Jahresbericht

Liebe Mitglieder

in diesem Jahr würden wir gern für uns alle einen Überblick erstellen, was alles von den Mitgliedern im Rahmen der VB-Arbeit bundesweit geschieht. Daher bitten wir Euch, uns Material zukommen zu lassen, damit wir für die Jahrestagung einen Bericht zusammenstellen können.

Bitte beantwortet die Frage:

Wann und wo seid Ihr als VB-Mitglied im letzten Jahr aktiv gewesen?

Schickt uns gern Geschichten, Berichte, Presseartikel, Bilder und was Ihr sonst noch so habt.

Ihr könnt alle Wege nutzen: per Post an die Geschäftsstelle, per email oder was Euch sonst noch einfällt.

Lasst uns das Material bis zum 15. Januar 2017 zukommen, damit wir es sortieren und zusammenstellen können.

Wir freuen uns, im nächsten Jahr die bunte Vielfalt an Aktivitäten im Verband besser sichtbar machen zu können und danken Euch für Eure Mithilfe.

Der Vorstand.

500 Jahre „Klage des Friedens“ – eine Tagung

Der Streit um den Frieden heute und die Streitschrift des Erasmus von R.

von Thomas Nauerth

Das 16. Jahrhundert war nicht nur das Jahrhundert der Reformation, es war auch das Jahrhundert der Wiederentdeckung des Themas Friede. In seinem berühmten Buch „Querela Pacis“ („Klage des Friedens) von 1517 lässt Erasmus von Rotterdam die Pax, den Frieden selbst sprechen. Mit besonderer Vehemenz wird der Widerspruch herausgearbeitet, der zwischen der christlichen Botschaft und der Anwendung tötender Gewalt besteht. Die Stimme des Friedens wird zu einem leidenschaftlichen Appell sowohl an die Fürsten wie an Kirche und Theologie: „Ich appelliere an euch, ihr Theologen! Predigt das Evangelium des Friedens! Verkündigt den Ohren des Volkes immer wieder die Friedensbotschaft! (...) Versucht darzulegen, wie mächtig sich die Eintracht der Masse gegen die Tyrannei der Gewalthaber erweist! (...) Der weitaus größte Teil des Volkes verabscheut den Krieg und sehnt sich nach dem Frieden.

Mit einer Vielzahl von Partnern wollen wir das 500jährige Jubiläum dieses wichtigen Buches in Halle an der Saale mit einem „Hochschuldialog“ würdig begehen. Nach 500 Jahren wird es Zeit, Bilanz zu ziehen und die noch ausstehenden Aufgaben genau zu beschreiben Bei diesem Hochschuldialog ist der VB stark beteiligt (Thomas Nauerth, Matthias Engelke, Ullrich Hahn, Gisela Raupach-Strey, Gregor Lang-Wojtasik, Karen Hinrichs u.a.). Wir wollen die Anstöße des Erasmus auch für unsere Arbeit aufnehmen, sie aktualisieren und in verschiedene Themenfelder hinein weiterführen. Am Vorabend der Tagung besteht zudem Gelegenheit, die Schrift des Erasmus als Lesung zu erleben.

Tagungsprogramm und Flyer unter:

https://www.versoehnungsbund.de/node/908; Anmeldung: http://bit.ly/2eoihrc.

Frühe Pazifistinnen – unsere mutigen Schwestern. Hedwig Dohm

von Birgit Ahlborn

In dieser Folge stellen wir frühe Pazifistinnen vor. Eine von ihnen ist die brillante Schriftstellerin Hedwig Dohm (1831-1919), die sich 1914 zusammen mit anderen „radikalen“ Frauen weigerte, den „Nationalen Frauendienst“ mit aufzubauen, durch den die Mehrheit der deutschen Frauenbewegung Teil der Kriegsmaschinerie wurde.

„Wie soll ich den schaurigen Wahnsinn des Gedankens fassen, dass Millionen schuldloser Geschöpfe sich gegenseitig abwürgen, die einander nie etwas zuleide getan?“ fragt Hedwig Dohm 1915 verzweifelt in einem Text, der aber leider erst 1917 veröffentlicht wird, als schon Millionen Soldaten in Bombenhagel und Giftgas elendig umgekommen sind.

Hedwig Dohm wurde in Berlin als drittes von 18 Kindern und erste Tochter des Tabakfabrikanten G.A.G. Schlesinger und dessen Frau W.H. Jülich geboren. Sie bekam zwar eine Schulausbildung, durfte aber nicht – wie ihre Brüder – das Gymnasium besuchen. Mit 15 Jahren musste sie die Schule verlassen, damit sie im Haushalt der Familie helfen konnte. Trotzdem konnte sie drei Jahre später an einem Lehrerinnenseminar teilnehmen. Wiederum vier Jahre später, 1853, heiratete sie Ernst Dohm, den Chefredakteur einer satirischen Zeitung und bekam mit ihm innerhalb von sechs Jahren fünf Kinder: Vier Töchter und einen Sohn. Der Sohn starb schon mit elf Jahren. Die Töchter wurden aber erwachsen und erhielten eine fundierte Schul- und Berufsausbildung.

Zusammen mit ihrem Mann verkehrte sie in intellektuellen Kreisen Berlins. Das Wissen für ihre erste Veröffentlichung 1867 über „Die spanische National-Literatur in ihrer geschichtlichen Entwicklung“ eignete sich Hedwig Dohm bewundernswerterweise autodidaktisch an. Sie wurde Schriftstellerin und war Frauenrechtlerin. Hedwig Dohm war eine der ersten feministischen Vordenkerinnen, die geschlechtsspezifische Verhaltensweisen auf die kulturelle Prägung zurückführte anstatt auf biologische Bestimmung. So forderte sie in ihren ersten vier feministischen Büchern (1872-1876) die völlige rechtliche, soziale und ökonomische Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Dazu gehört wesentlich das Wahlrecht, wofür sie sich schon 1873 als eine der ersten in Deutschland einsetzte und dessen Einführung sie 1918, 86-jährig, noch erlebte. Sehr am Herzen lag ihr auch die gleiche Bildung und Ausbildung für Jungen und Mädchen, damit Frauen selbstständig leben können und nicht zwangsläufig eine Ehe eingehen müssen. In Bezug auf die Mutterrolle schlägt sie 1903 vor, Hausarbeit und Kindererziehung an Institutionen abgeben zu können, da beides keine biologische Festlegung sei, so dass Frauen weiterhin ihrem Beruf nachgehen könnten.

Mit den genannten vier feministischen Werken wurde sie schlagartig berühmt, jedoch stieß sie damit - wegen der Radikalität ihrer Aussagen - auch auf heftige Kritik in der damaligen bürgerlichen Frauenbewegung, der es „nur“ um eine verbesserte Schulbildung für Mädchen und die Versorgung ledig gebliebener Mütter ging. Sie suchte nach Bündnispartnerinnen und gründete, als gegen Ende der 1880er Jahre der radikale Flügel der Frauenbewegung stärker wurde, verschiedene radikale Vereine mit, so z. B. den Frauenverein „Reform“ (später: Verein Frauenbildung-Frauenstudium) und den „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“ von Helene Stöcker. Vermehrt widmete sie sich auch wieder dem Verfassen von politischen Publikationen. Bis zu ihrem Tod 1919 veröffentlichte sie mehrere Essaybände und fast hundert Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, in denen sie sich zu aktuellen Themen in Literatur und Politik äußerte und klar Position bezog.

Schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs gehörte Hedwig Dohm zu den wenigen Intellektuellen, die sich von Anfang an gegen den Krieg wandten und sich dem „Hurra-Patriotismus“ entgegen stellten. Sie trat als kompromisslose Pazifistin auf und musste die Erfahrung machen, dass sogar die pazifistisch eingestellte Zeitschrift „Aktion“ ihren Artikel über „Die Macht der Finsternis“ 1915 zunächst nicht abdruckte, weil dieser angesichts der allgemeinen Kriegsbegeisterung als unpassend erschien. Im Folgenden seien einige Passagen daraus zitiert, die auch heute noch aktuell sind und für sich selbst sprechen:

„In einem ungeheuren Irrtum waren wir befangen. Wir glaubten an die innere Kultur der europäischen Völker. Wir müssen umlernen. Es war nur Firnis, Tünche. Noch war die Tierheit, das Raubtier in ihnen. Nun ist es wieder ausgebrochen, und mit derselben zerreißenden Wildheit wie vor Jahrtausenden wütet es. Ich vergehe an diesem Erkennen. … Vor den Posaunen des Jüngsten Gerichts mögen die Urheber solchen nie erlebten Krieges erzittern. Millionen in Qualen verendete werden als Blutzeugen gegen sie aufstehen. Jawohl, jawohl, der Krieg ist die verruchteste aller Gotteslästerungen! … Vielleicht, die „Begeisterung“ für diesen Krieg war „tief und echt“. Was beweist es? … Man kann sich ebenso für Irrtümer und Aberglauben (Dummheit nicht ausgeschlossen) begeistern, wie für Wahrheiten, die den Stempel: ewig! tragen … Und das sei unsere Proklamation an die Kommenden: Tod dem Missbrauch des Todes im Krieg! Das Leben den Lebenden im Frieden bis zu seiner natürlichen Vollendung.“

Materialien - Fundkiste

Nuclear Whistleblower Mordechai Vanunu. Ein Leben lang in Israel unter Strafe. A5-Format, 250 Seiten, 10,-€

Viele Anläufe hatte die Internationale Liga für Menschenrechte schon unternommen, um dem israelischen Whistleblower Mordechai Vanunu die „Carl-von-Ossietzky-Medaille zu verleihen. Er hatte 1986 Informationen über das israelische

Atomwaffenprogramm an eine britische Zeitung gegeben. Danach wurde er vom Mossad in Italien entführt und zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

2010 schien es dann soweit: Die Haftstrafe war vorbei, der Auszeichnung schien nichts mehr im Wege zu stehen. Doch die persönliche Übergabe der Medaille scheiterte bisher: Es kam zu immer neuen Haftstrafen, weil Vanunu die Beschränkungen seiner Rede- und Reisefreiheit nicht hinnehmen wollte. Der heute 62-jährige Mordechai Vanunu lebt in Armut und weitgehend in Isolation.

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat daher mit Unterstützung verschiedener Organisationen – unter ihnen der Versöhnungsbund – diese Protestschrift heraus gebracht, um an seinen Widerstand zu erinnern. Sie enthält einen Überblick über das israelische Atomprogramm und seine Bedeutung für den Nahen Osten von Clemens Ronnefeldt sowie eine Vielzahl von Dokumenten wie etwa Pressemitteilungen oder Unterstützerbriefe von Prominenten, etwa der irischen Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan-Maguire, die ebenfalls dem Internationalen Versöhnungsbund angehört. Die Einnahmen aus dem Verkauf kommen Mordechai Vanunu zugute.

Weitere Infos zu ihm: http://ilmr.de/2011/freie-ausreise-fur-mordechai-vanunu

Atomwaffen und Klimawandel. Der Klimawandel und Atomwaffen sind die beiden größten Gefahren, denen sich die Menschheit gegenüber sieht. Und sie sind miteinander verzahnt und verstärken sich gegenseitig. Der Hamburger Professor Jürgen Scheffran zeigt in dieser vom World Future Council heraus gegebenen Studie (englisch), worin die Verbindungen zwischen Klimawandel und nuklearer Bedrohung bestehen und wie wir dieser doppelten Gefahr begegnen könnten.

Download möglich unter http://bit.ly/2fQJmT4

Doku zu Büchel65. Und nochmal Atomwaffen: Die Dokumentation zu büchel65 ist fertig! Autorin ist Clara Tempel; der Druck war Dank der Unterstützung des Jugendumweltnetzwerks Niedersachsen möglich.

Auf 56 Seiten enthält die Doku Blockadeberichte, Portraits über beteiligte Menschen und Fotos von den Blockadetagen im Frühjahr 2015. Vor allem ist diese Dokumentation natürlich für die Menschen interessant, die dabei gewesen sind. Aber auch für andere kann es spannend sein zu lesen, was vor dem Militärstützpunkt passiert ist und was das für die Friedens- und Umweltbewegung bedeutet.

Bestellungen an doku.buechel65@buechel-atomwaffenfrei.de (Die Doku ist kostenlos, aber Spenden sind hoch willkommen: Empfänger buechel65, IBAN DE79 43060967 2029811502, BIC GENODEM1GLS)

Spiritualität und Frieden. Es gibt Leute, die schneller arbeiten als man gucken kann. Hier ein Hinweis auf eine neue Übersetzung von Ingrid von Heiseler: „Spiritualität und Frieden“. Douglas Graeme MacQueen, Buddhist und früherer Leiter eines Friedenszentrums in Ontario/USA, stellt darin die asiatische Friedens-Spiritualität vor. In der Einführung heißt es: „Wir hoffen, dass auch Menschen, die sich nicht mit einer der traditionellen religiösen Traditionen identifizieren können, die aber meinen, dass ‚Spiritualität‘ sich auf etwas Gutes und Notwendiges beziehe, dieses Buch lesen und sich positiv am Dialog über Frieden, Religion und Spiritualität beteiligen werden.“ Einziger Wermutstropfen: Das Buch ist leider nur als E-Book bei Amazon erhältlich (3,29$).

Weitere Infos: http://ingridvonheiseler.formatlabor.net/?p=787

Zwischen Forschung und Praxis: Berghof-Papiere. Gleich zwei sehr spannende Publikationen (beide englisch) sind bei der Berghof Foundation in der Reihe „Dialog“ erschienen, in der sowohl FriedensforscherInnen zu Wort kommen wie auch FriedensarbeiterInnen. In der Ausgabe 11 zu „Transforming War-Related Identities“ geht es darum, welche individuellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten es gibt, um bei Menschen eines kriegsgeschüttelten Landes wieder Vertrauen zueinander aufzubauen und Wege zu finden, um mit der Vergangenheit zurecht zu kommen. Mit „unerklärten Kriegen“ beschäftigt sich die Ausgabe 12: Welche Maßnahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung helfen bei einem sehr hohen Gewaltniveau in einer Gesellschaft?

Weitere Infos und Downloadmöglichkeiten unter http://www.berghof-foundation.org/publications/handbook/dialogues/

Endlich da: Civil World. Nach einer erfolgreichen Crowdfunding-Aktion kommt dieses neue Brettspiel des Fränkischen Bildungswerks für Friedensarbeit rechtzeitig vor Weihnachten auf den Markt. Es ist für Jugendliche ab 13 Jahren geeignet und kann von 4 bis 9 Personen gespielt werden. Was können wir den Missständen dieser Welt entgegen setzen? Wie sieht praktizierte Solidarität aus? Ein spannendes Spiel, das in die Vielfalt der gewaltfreien Möglichkeiten einführt. Inklusive der Begleitmappe zur Vertiefung einzelner Themen kostet es 40,- Euro. Bestellungen unter Tel. 0911-288 500 oder fbf.nuernberg@t-online.de

VB-Newsletter

Kennt Ihr schon unseren elektronischen Newsletter? Er erscheint unregelmäßig etwa alle sechs bis acht Wochen und enthält weitere Hinweise.

Bestellung über unsere Webseite unter www.versoehnungsbund.de/form/bestell-newsletter oder per Mail an die Geschäftsstelle: vb@versoehnungsbund.de

Stellungnahmen der AGDF: Unter der Rubrik „Aktuelles“ sind auf der Webseite der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden viele hervorragende Texte zu finden, etwa zu einer „Außenpolitik ohne militärische Option“ oder die Warnung vor einer Militarisierung der EU, die dank unseres Mitglieds Roland Vogt zustande kam.

www.friedensdienst.de

Claus Peterson: WeltReligion. Von der Paulinisch-Lutherischen Kreuzestheologie zur Botschaft Jesu von der Gegenwart des Reiches Gottes. Von den Strukturen der Gewalt zu einer Kultur des Friedens. 226 Seiten, Verlag tredition, 12,95 Euro. Weitere Infos und Bestellung: http://bit.ly/2ftrzh5.

„Wahrhaft Mensch sein, das können wir nicht für uns selbst, sondern nur in Verbundenheit mit der Welt, in der und mit der wir leben. Weltverbundenheit bedeutet Heil, bedeutet Seligkeit. Damit ist der Grundcharakter der Botschaft Jesu umrissen“. Mit diesen Worten leitet Claus Petersen sein Buch „WeltReligion“ ein. Mit dem Begriff „WeltReligion“ ist daher alles andere als eine aggressive Mission gemeint, die das Christentum in alle Winkel der Welt trägt. Stattdessen geht es um ein Verständnis der Lehre Jesu, das dazu beiträgt, dass wir uns mit der Welt verbunden fühlen. Ein Verständnis, von dem die traditionellen Kirchenlehren weit entfernt sind. Wie etwa war es möglich, die Gewalt, die Jesus erleiden musste, als „Heilsereignis“ zu interpretieren? Muss sein Kreuzestod tatsächlich als Ausdruck der Liebe Gottes verstanden werden? Claus Peterson zeigt überzeugend anhand vieler Textbelege, wie frühkindliche Traumatisierungen bei Martin Luther und auch schon beim Apostel Paulus zu einer solchen Auslegung führen konnten und beide ihrerseits immer wieder die Anwendung von Gewalt predigten.

Die Bedeutung der Reformation sieht Claus Petersen daher vielmehr in der Entwicklung der historisch-kritischen Bibelauslegung, durch die es möglich war, den mit hoher Wahrscheinlichkeit authentischen Jesusworten auf die Spur zu kommen. Diese Jesusworte stellt Petersen dar und zeigt, wie sich aus ihnen eine Lebensweise ergibt, die den Grundbedürfnissen von uns Menschen entspricht, die zu einer Kultur des Friedens beiträgt und die zugleich immer wieder ihre Göttlichkeit enthüllt. Mit der traditionellen Auslegung durch die Kirchen und Schriften wie der „Confessio Augustana“ hat das nichts mehr zu tun. Nötig wäre stattdessen eine von Grund auf erneuerte Kirche. Claus Petersen, der seit vielen Jahren Mitglied im Versöhnungsbund ist und auch den Jahresbegleiter „weltverbunden leben“ herausgibt, ist ein auch für theologische Laien faszinierendes Buch gelungen – gerade noch rechtzeitig vor den Feiern des Reformationsjahres.

EAK: Bundesregierung muss von Plänen einer „militärischen Trendwende“ Abstand nehmen

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in einem Brief aufgefordert, auf die Aufstockung des Wehretats um fünf Milliarden Euro auf rund 39 Milliarden Euro bis 2020 zu verzichten und stattdessen diese Gelder zivilen Strategien der Prävention und Konfliktbearbeitung zur Verfügung zu stellen.

In ihrem Schreiben an die Verteidigungsministerin, das von der Mitgliederversammlung in Mainz beschlossen wurde, kritisiert die EAK scharf die festgelegte Vorgabe im neuen „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, dass Deutschland der NATO-Forderung nachkommen will, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungshaushalt auszugeben. Dies wären laut EAK dann 55 Milliarden Euro, also 21 Milliarden Euro mehr als im derzeitigen Haushalt. „Damit werden eindeutige Fakten gesetzt, wie Deutschland seine Sicherheitspolitik aufstellen will. Diese Mittel werden fehlen, um die wirklichen Ursachen von Krieg und Flucht zu beseitigen: Armut, Klimawandel, Ungerechtigkeit“, heißt es wörtlich in dem Schreiben.

Der evangelische Friedensverband weist Ursula von der Leyen darauf hin, dass auf der anderen Seite die seit Jahrzehnten bestehende Selbstverpflichtung Deutschlands, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, bis heute nicht erfüllt werde. „Friedenspolitik in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland wird nicht ansatzweise in einem vergleichbaren Volumen ausgebaut“, mahnt die EAK nachdrücklich. Die inhaltlich gut aufgestellten vielfältigen Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung blieben damit finanziell weiterhin völlig unterversorgt.

„Diese Form der Sicherheitspolitik durch militärische Aufrüstung ist unvereinbar mit dem im Weißbuch formulierten Vorrang für Prävention und nichtmilitärisches Handeln“, kritisiert EAK-Bundesvorsitzender Dr. Christoph Münchow. Daher fordere die EAK, von diesen Plänen einer militärischen Trendwende Abstand zu nehmen und zivilen Möglichkeiten die Priorität zu geben. Darum lehne der evangelische Friedensverband eine Erweiterung der Bundeswehr, eine Erhöhung der Militärausgaben, ein Einsatz der Bundeswehr im Innern und eine neue militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa ab, heißt es in dem Schreiben. Vielmehr sei eine Trendwende hin zu einer zivilen Friedenspolitik nötig. Dazu gehört nach Auffassung der EAK, der weiteren Aufrüstung Einhalt zu gebieten, die atomare Aufrüstung auch in Deutschland endlich zu beenden und sich im Namen einer globalen Verantwortung vorbildlich für ein Umdenken zu ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung einzusetzen. „Wenn es eine Trendwende in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik geben soll, dann kann sie nur eine Trendwende hin zum Vorrang von Zivil vor Militär sein“, unterstreicht EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf.

Termine

1.-10. 2 2017: Kolumbien-Reise. Der österreichische Versöhnungsbund organisiert zusammen mit FOR Peace Presence eine internationale Delegationsreise, in der wir Kolumbien aus ganz unterschiedlichen Perspektiven kennen lernen werden. Unter anderem stehen auf dem Programm Treffen mit kolumbianischen Menschenrechtsverteidigern, Menschenrechts- und Umwelt-NGOs, Frauenaktivistinnen, die Friedensarbeit leisten, Wehrdienstverweigern, Afrokolumbianern, Indigenen und Bauern, die von der Subsistenzlandwirtschaft leben, und vertriebenen Gemeinden, als auch Treffen mit staatlichen kolumbianischen Institutionen sowie Botschaften. – Ein Ziel der Reise ist, über die fatalen Folgen der weltweiten Energienachfrage und Rohstoffausbeutung durch transnationale Unternehmen für lokale Gemeinden und ihre Lebensräume zu informieren.

Mehr Informationen auf Englisch unter: https://peacepresence.org/longing-for-peace-international-delegation-february-1-10-2017/ http://www.versoehnungsbund.at/delegation-to-colombia/

24.-28. 2., Berlin: Einkehrtage. 500 Jahre ist es her, seit Erasmus von Rotterdam das Buch „Querela Pacis“, „Die Klage des Friedens“ veröffentlicht hat. Bei unseren Einkehrtagen lesen wir gemeinsam diesen und andere Texte des Erasmus. Zu Gast sind wir im Stadtkloster Segen bei der Communität „Don Camillo“ in Berlin (siehe www.stadtklostersegen.de). Die Teilnehmerzahl ist auf 17 Personen begrenzt, daher bitte schnell anmelden! Kosten liegen bei etwa 40,- Euro pro Tag.

Anmeldungen unter nauerth@friedenstheologie.de oder telefonisch in der Geschäftsstelle.

10.-12.3., Erd-Charta-Ausbildung. Das Erd-Charta-Netzwerk bietet an zwei zusammen gehörenden Wochenenden eine Ausbildung für MultiplikatorInnen an. Sie soll dazu befähigen, in Workshops über die Erd-Charta zu informieren, Aktionen durchzuführen, Projekte umzusetzen oder Vorträge zur Erd-Charta zu halten. Die beiden Wochenenden (das zweite ist am 19.-21. Mai) finden in der Zukunftswerkstatt Ökumene in Warburg-Germete statt und kosten insgesamt 120,-€ (ermäßigt 80,-€).

Weitere Infos über www.erdcharta.de oder bei friederike.gezork@oeiew.de

18.-19.3., Potsdam: Tagung zur Garnisonkirche Zum Vormerken: „Kein Handschlag – ein Zwischenruf aus Potsdam“ ist Thema der Tagung, die die Martin-Niemöller-Stiftung gemeinsam mit Partnern zurzeit vorbereitet. Wie kann und will die Evangelische Kirche ihrer Verantwortung für diesen historischen Ort heute gerecht werden, welche Zeichen will und muss sie hier setzen? Wie konnte reformatorische Theologie zur Verbindung von Thron, Nationalismus und Altar führen – und was sagt uns die Erinnerung an die Reformation im 500. Jubiläumsjahr für unseren Weg als Kirche heute? Wie ist dieser Ort des Versagens historisch und theologisch zu interpretieren? Und wie soll es künftig weiter gehen? Das sind einige der Fragen, die bei dieser Tagung geklärt werden sollen.

Weitere Infos bei Michael Karg, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung unter 0175 18 54 365

20.-21.4., Halle: Hochschuldialog. Eine Tagung zur „Klage des Friedens“ des Erasmus von Rotterdam, siehe ausführlich auf Seite 19. Zahlreiche Versöhnungsbund-Mitglieder wirken an der Gestaltung mit – eine hervorragende Gelegenheit zur Begegnung für all diejenigen, die aufgrund des Kirchentages im kommenden Jahr nicht an unserer Jahrestagung teilnehmen können.

Weitere Infos und Anmeldung unter www.versoehnungsbund.de/2017-erasmustagung

25.-28.5.: Jahrestagung. „Pazifismus vor neuen Herausforderungen“ wird im kommenden Jahr unser Thema sein, für das wir bereits Andreas Zumach (taz-Korrespondent), Susanne Luithlen (Leiterin der Akademie für Konflikttransformation), Clara Tempel und zahlreiche andere spannende ReferentInnen und Referenten gewinnen konnten. Das ausführliche Programm gibt es im Februar. Vormerken!

Mai-November 2017, Bonn: Von Mai an beginnt eine neue berufsbegleitende Fortbildung von gewaltfrei handeln. In fünf Modulen geht es um Standortbestimmung und Stärkung, den konstruktiven Umgang mit Konflikten, Wurzeln und Wirkungsweisen der Gewaltfreiheit, Bedrohungssituationen, Mediation und Konsensverfahren. Anmeldeschluss ist der 23. Februar.

Weitere Infos unter www.gewaltfreihandeln.org/index.php/bildung/fortbildungen.

Karl-Heinz Bittl bietet an:

15.-17.12..2016 in Berlin: Ausbildung zur KonfliktberaterIn und Coach (ATCC) (letzte Einstiegsmöglichkeit)

Ausblick 2017: Südtirol: Beraten in Zeiten kultureller Vielfalt - die neue Ausbildung zur KonfliktberaterIn und Coach beginnt im März 2017,

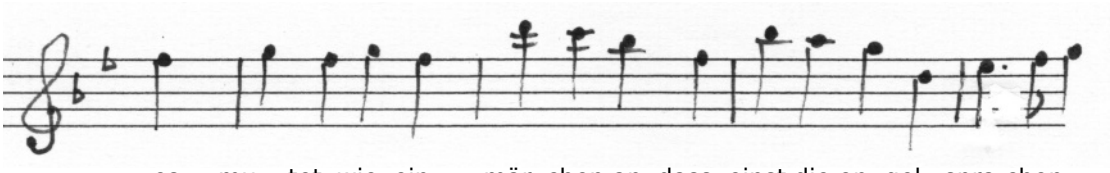
Nächster Civil Powker - Spielleiterkurs 24.-25.3.2107 in Nürnberg www.civilpowker.de

Das Brettspiel Civil World wird bis Jahresende fertig gestellt werden. www.civilworld.de

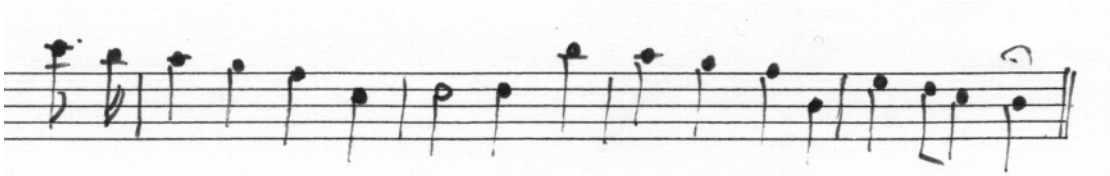
Die neue Ausbildung zur Trainerin in konstruktiver Konfliktbearbeitung und transkulturellem Lernen beginnt im Oktober 2017 - Die Ausschreibungen sind auf www.eiccc.org zu finden.

weihnachtslied für ungläubige

Melodie nach A.Dvorak



es mu- tet wie ein mär- chen an, dass einst die en- gel spra-chen



und dun- kel- heit durch-bra- chen – das glau-be, wer‘s denn glau-ben kann –

und hirten auf dem weg zum stall
die engel singen hörten
von neuer zeit, und ehrten
ein kind wie gott, trotz not und qual

und dass im himmlischen gesang
vom frieden auf der erde
die rede war, und werde
bald wahr – wir warten schon sehr lang

dass engel heut wie ehedem
aus himmelshöhn erscheinen
möcht ich wohl eher verneinen
und sei es über bethlehem.

und wollte man mit königen
und ihren edlen schätzen
die mär vom kind in fetzen
letztendlich noch beschönigen?

ein frieden kommt nicht über nacht
vom himmel hoch. auch glauben
an schnelle friedenstauben
ich kann es nicht. und dennoch macht

die engelbotschaft eine tür
zur menschheitszukunft offen
lädt ein, aktiv zu hoffen
zu glauben und zu handeln hier

andreas hämer

..... Adressfeld